

Münchner Stadtgespräche

www.muenchner-stadtgespraeche.de



MÜNCHNER AGENDA 21

Nr. 35 / Dezember 2004

DOSSIER

Soziale Stadt

MAGAZIN



- Die Krise der 'sozialen Stadt' 3
- Sanierung 'Soziale Stadt' in München 9
- Internationale Gärten 16
- Agenda 21-Gruppe Hadern: Bioessen und Ökoenergie 18
- Sozialforum München gegründet 20

Liebe Leserinnen und Leser, diesmal zunächst zwei Bemerkungen in eigener Sache: Die Redaktion der Münchner Stadtgespräche ist mit dem Umweltinstitut München e.V. in neue Räume in der Landwehrstr. 64 a gezogen, die vollständige Adresse finden Sie auf der Rückseite.

Zum Jahresende möchten wir Ihnen auch von der erfreulichen Nachfrageentwicklung der Münchner Stadtgespräche berichten – 20.600 mal wurden die Hefte in diesem Jahr bereits von unserer Internetseite heruntergeladen, eine höhere Aufla-

ge wäre auch für die gedruckten Hefte wünschenswert, leider reichen dafür die Mittel nicht.

Was macht eine soziale Stadt aus? Schöne Wohnungen und viele Grünanlagen mit Spiel- und Bolzplätzen zum Toben und Fußballspielen, eine gute Versorgung mit Läden und öffentlichem Verkehr – aber viel wichtiger noch ist die soziale Situation der Bewohner und die Perspektiven ihrer Kinder. Der Text von Professor Häußermann schildert eindrucksvoll wie es zur Segregation, der Abspaltung eines Stadtteils, kommen kann.

Soziale Stadt heißt auch ein städtebauliches Förderprogramm, das sich ebenso um die sozialen Belange der Bewohner kümmert wie um die Infrastruktur. Was in München in diesen Stadtteilen geschieht, stellen wir Ihnen ab Seite 9 vor.

Von vorneherein 'sozial' geplant sind die Gebäude der Genossenschaft wagnis im neuen Stadtteil am Ackermannbogen. Eine Zwischenbilanz der Initiatorin Elisabeth Hollerbach können Sie auf Seite 14 lesen.

Eine angenehme Lektüre wünscht Ihnen
Andrea Reiche
Redaktion Münchner Stadtgespräche

Neuer Internetauftritt des Agenda 21-Büros

Mitte Dezember 2004 geht der neue Internet-auftritt zum Agenda 21-Prozess „online“. Neben aktuellen Informationen zum Agenda 21-Prozess und Projekten besteht die Möglichkeit, sich auch online aktiv einzubringen und z.B. an Diskussionen teilzunehmen oder auch selbst welche zu starten. Die Adresse ist: www.muenchen.de/agenda21.

Lang erwartet ist es nun soweit: Die Münchner Agenda 21 präsentiert sich auf einer neu gestalteten Homepage. Auf der Seite www.muenchen.de/agenda21 bietet das Agenda 21-Büro Informationen zum Münchner Agenda-21-Prozess und vielen Projekten an. Ergänzt wird das Angebot rund um Projekte, Förderungen und Stadtteilagenden durch eine Linksammlung, in der z.B. auf den Terminkalender der Münchner Stadtgespräche oder den „Lifeguide München“ verwiesen wird. Bestandteil ist selbstverständlich auch ein Downloadbereich. Hier stellen wir Dokumente für Sie bereit, die sich um Agenda 21 und Nachhaltigkeit drehen, selbstverständlich auch die Förderanträge zur Förderung von Münchner Agenda 21-Projekten.

Der Internetauftritt ist auch als neues Vernetzungsmedium gedacht. Interaktive



Der neue Internetauftritt der Agenda 21 in München will die Initiativen besser vernetzen.

Elemente wie Umfragen zu unterschiedlichsten Fragestellungen und einem moderierten Diskussionsforum unterstützen den Austausch zwischen alten und neuen Akteuren im Münchner Nachhaltigkeitsbereich.

Informationen zu Ihren Projekten und aus den Stadtteil-Agenden nehmen wir gerne in die Homepage auf. Senden Sie sie uns zu: www.muenchen.de/agenda21.

Ralf Bumann
Referat für Gesundheit und Umwelt, Agenda 21-Büro

Referat für Gesundheit und Umwelt:

Förderschwerpunkte 2005: Agenda 21, Umwelt und LOS

Trotz Mittelkürzungen aufgrund nötiger Einsparungen beim städtischen Haushalt können für 2005 wieder erhebliche Gelder für Projekte der Bürgergesellschaft zur Verfügung gestellt werden.

Der Agenda 21-Topf wird für Projekte verwendet mit dem Thema gesunde Ernährung und seinem thematischen Umfeld und dem Thema Bewegung, von sportlichen bis zu Mobilitätsaspekten. Der Umweltinitiativentopf steht mehr für klassische Umweltthemen und Naturschutzanliegen zur Verfügung. Die LOS-Mittel aus dem „Soziale-Stadt“-Programm zielen auf Aktivitäten zur Qualifizierung und Bildung und zur Entwicklung von Beschäftigungsmaßnahmen in ausgewählten Stadtgebieten.

Alle Informationen und Antragsformulare mit Ansprechpersonen finden Sie auf unserer homepage www.muenchen.de/agenda21.

Angelika Lintzmeyer
Referat für Gesundheit und Umwelt, Agenda-21-Büro

Fördermittel 2005*

Agenda 21 Fördertopf	120.000,- Euro
Umweltinitiativentopf	42.000,- Euro
LOS: pro „Soziale Stadt“-Gebiet	100.000,- Euro

* vorbehaltlich der Haushaltsbewilligung

Die Krise der „sozialen Stadt“

Hartmut Häußermann

Seit etwa einem Jahrzehnt werden in den USA und Europa neue Strukturen sozialer Ungleichheit beschrieben und diskutiert, die gegenüber den bisher bekannten Formen von Benachteiligung und Diskriminierung eine neue Qualität darstellen.

Entsprechend haben die politischen Instanzen mit neuen Maßnahmen und Programmen zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung reagiert. In Frankreich gibt es ein Antisegregations-Gesetz und ein Ministerium für städtische Integration, in England sind die sozialen Probleme in den Innenstädten seit langem Anlass für spezielle Förderungsprogramme - inzwischen richtet sich die politische Aufmerksamkeit auch in Deutschland auf städtische Konflikte und Problemlagen, die nicht mehr mit einem schlechten Zustand von Häusern und Wohnungen erklärt werden können, sondern vielmehr Resultate eines sozioökonomischen und sozialräumlichen Strukturwandels der Großstädte sind. In einigen Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hessen, Hamburg und Berlin) wurden in den letzten Jahren Prozesse der sozialräumlichen Konzentration von ökonomisch marginalisierten Gruppen beschrieben und spezifische Programme für eine städtische Intervention in „Krisengebieten“ entwickelt. Inzwischen hat auch die Bundesregierung diese Probleme wahrgenommen und das Programm „Soziale Stadt“ aufgelegt, das nun im ersten Jahr des dritten Jahrtausends in seiner ganzen (bescheidenen) Breite anlaufen wird.

Ausgrenzung

Anlass für diese Programme ist nicht lediglich die Zunahme von Armut und sozialer Deprivation, sondern die Herausbildung neuer Ungleichheitsstrukturen, die mit Begriffen wie „Spaltung der Stadt“ oder „Ausgrenzung“ benannt werden. In den Städten gibt es eine wachsende Armutsbevölkerung, wie aus der Zunahme der Zahl von Sozialhilfeempfängern und aus dem wachsenden Anteil von Dauerar-

beitslosen an der hohen Arbeitslosigkeit abgelesen werden kann. Zwischen 10 und 20 Prozent der Großstadtbevölkerung sind von Einkommensarmut betroffen.

Gegenüber den traditionellen Formen von Armut stellt Ausgrenzung einen Prozess dar, in dem Individuen oder Haushalte sich von den durchschnittlichen gesellschaftlichen Standards der Lebensführung entfernen bzw. entfernt werden: in *ökonomischer* Hinsicht, indem sie keinen Zutritt zum Arbeitsmarkt mehr finden; in *institutioneller* Hinsicht, indem sich zwischen ihnen und den politischen bzw. sozialstaatlichen Institutionen unüberwindliche Schranken aufbauen; in *kultureller* Hinsicht, wenn Stigmatisierung und Diskriminierung zum Verlust des Selbstwertgefühls und zum Verlust der moralischen Qualifikation führen, die für ein integriertes Leben Voraussetzung sind; und schließlich in *sozialer* Hinsicht, wenn durch soziale Isolation und das Leben in einem geschlossenen Milieu die Brücken zur „normalen“ Gesellschaft verloren gegangen sind.

Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind von Ausgrenzungsprozessen auf verschiedene Weise betroffen: Bei einem Teil der Arbeitslosen verfestigt sich die Arbeitslosigkeit, was sich in steigenden Zahlen von Dauerarbeitslosen zeigt. Wachsende Abstiegsrisiken sind auch mit dem Wandel der Familien- und Haushaltsstrukturen verbunden, weil angesichts immer kleiner werdender Familien und der Zunahme von individualisierten Lebensformen die Aufnahmefähigkeit durch die informellen Netze von Familie und Verwandtschaft geringer werden; daher gehören die alleinerziehenden Mütter zu den Gruppen, die häufig von dauerhafter Armut bedroht sind. Zuwanderer und ethnische Minderheiten können Ausgrenzungsprozessen ausgesetzt sein, weil bei ihnen fehlende politische Rechte und ökonomische bzw. soziale Randständigkeit zusammentreffen. Der Ausgrenzungsprozess erreicht seinen



Spielräume sind für Kinder in der Stadt besonders wichtig.

Höhepunkt, wenn Individuen oder Haushalte in allen vier genannten Dimensionen weit von der Mitte der Gesellschaft entfernt sind, und wenn dies mit einer „inneren Kündigung“ gegenüber der Gesellschaft zusammentrifft, die sich in Resignation, Apathie und Rückzug äußert. Von der Gesellschaft im Stich gelassen, erwarten die Betroffenen auch nichts mehr und verhalten sich entsprechend.

Neben den sozialen Risiken ist in jüngerer Zeit in unseren Städten die Herausbildung von sozialräumlichen Konstellationen zu beobachten, die selbst zur Ursache für Benachteiligung und Ausgrenzung werden können: eine schärfere soziale Segregation, durch die sich die marginalisierte Bevölkerung in bestimmten Quartieren konzentriert. Neben der subjektiven Abkopplung kann soziale Isolation auch das Ergebnis von räumlicher Ausgrenzung sein. Oft bringt die eine Form der Ausgrenzung die andere mit sich.

Segregation

Marginalisierung und Ausgrenzung kann durch eine räumliche Konzentration von Personen und Haushalten, die in ähnlicher Weise verarmt, diskriminiert und benachteiligt sind, hervorgerufen, beschleunigt und verstärkt werden. Das ist die zentrale Aussage von wissenschaftlichen Analysen und Theorien, die in der neuerlich sich wieder verstärkenden sozialen Segregation in den Großstädten die Gefahr sozialer Desintegration sehen. In den USA hat Julius W. Wilson mit seiner Behauptung, mitten in den Großstädten entstehe eine „new urban underclass“ heftige Debatten ausgelöst. In Europa waren es die Studien über die innerstädtischen Altbaugebiete in Großbritannien und über die Großsied-

Foto: www.sxc.hu

lungen des sozialen Wohnungsbaus am Rande der französischen Großstädte, die räumliche Exklusionsprozesse auch in den Wohlfahrtsstaaten Europas nachgewiesen haben. Ausgrenzungsprozesse durch eine stärkere soziale Segregation in den Großstädten ergeben sich aus dem Zusammenwirken von drei Veränderungen, die aus dem ökonomischen und sozialen Wandel der Großstädte resultieren:

- a) Auf dem Arbeitsmarkt gehen in den Städten die Erwerbsmöglichkeiten für unqualifizierte Arbeiter verloren, weil Industriearbeitsplätze in großer Zahl abgebaut wurden; der wachsende Dienstleistungsbereich nimmt nicht genug bzw. nicht die auf, die infolge der Deindustrialisierung arbeitslos geworden sind.
- b) Aufgrund der Finanznot der Städte, die sich aus dem steigenden Finanzbedarf für Sozialtransfers bei sinkenden Steuereinnahmen ergibt, werden soziale Leistungen reduziert bzw. zumindest nicht in dem Maße ausgebaut, wie es angesichts wachsender Notlagen nötig wäre.
- c) Durch den Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung und angesichts steigender Wahlmöglichkeiten beim Wohnstandort für Haushalte mit einem stabilen Einkommen lösen sich die sozial gemischten Quartiere auf und eine stärkere Sortierung der Wohnbevölkerung nach Einkommen, Lebensstil und Nationalität in verschiedenen Quartieren greift Platz. Quartiere, in die die Verlierer des sozio-ökonomischen Wandels abgedrängt werden, können so zu Orten sozialer Exklusion werden.

Sozialräumliche Polarisierung

Auch wenn in den meisten Quartieren der Großstädte von solchen Entwicklungen wenig zu spüren ist, so wandeln sich doch andere Quartiere umso rascher mit um so negativeren Begleiterscheinungen. Das ist ein Resultat der sozialräumlichen Polarisierung, die aus der Überlagerung der größer werdenden sozialen Ungleichheit mit dem Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung in den großen Städten folgt. Die sozialräumliche Struktur einer Stadt ergibt sich aus der unterschiedlichen Attraktivität von Wohnquartieren, aus den Standortpräferenzen und der Kaufkraft der privaten Haushalte sowie aus der Art und Weise, wie die Wohnungen auf die Bevölkerung verteilt bzw. wie der Bevölkerung die Wohnungen zugeweiht werden. Je weniger Einfluss der Staat auf die Zuteilung von Wohnungen hat, desto direkter entscheiden Marktprozesse. Auf dem Markt unterscheiden sich die Preise der Wohnungen einerseits nach

Qualität und Lage und andererseits – was für unseren Zusammenhang besonders wichtig ist – nach dem sozialen Milieu bzw. dem Prestige, das sich in der Wahrnehmung der Wohnungssuchenden mit einem bestimmten Gebiet verbindet. Für soziale Exklusivität muss eine höhere Miete bezahlt werden, und daher haben die Mieter und die privaten Vermieter die soziale Zusammensetzung der Bewohnerschaft eines Quartiers sehr genau im Auge. Eine deutliche soziale Profilierung von Wohngebieten entspricht der Logik des Wohnungsmarktes.

Unter Großstadtpolitikern herrscht Einigkeit darüber, dass die soziale Segregation in den Städten seit einigen Jahren wieder zunimmt – zumindest am unteren Rand der Sozialskala. In allen Städten kennt man heute Gebiete, in denen sich soziale Probleme und Konflikte so häufen, dass über Abhilfe nachgedacht werden muss. Früher hat man in den Großstädten von „sozialen Brennpunkten“ gesprochen – ein Sprachgebrauch, den man inzwischen vermeidet, weil er die Sicht unterstützt, es handele sich um punktuelle Probleme, die man rasch – gleichsam mit einer Feuerwehr – löschen könne. In den sechziger Jahren – in einer von Wirtschaftswachstum und Arbeitskräftemangel geprägten Umwelt – mag dies eine adäquate Beschreibung gewesen sein, heute jedoch geht es um strukturelle Prozesse, die nicht mit kurzfristigem Aktivismus gestoppt oder umgedreht werden können.

Ursachen

Die Ursachen für die Herausbildung von problembeladenen Quartieren liegen in einer wachsenden sozialen Ungleichheit der Bevölkerung bei gleichzeitiger Deregulierung der Wohnungsversorgung. In einer Periode, in der sich die Ungleichheit der Bewohner nach Einkommen und ethnischer Zugehörigkeit stärker ausfächert, wird die Wohnungsversorgung stärker dem Markt überlassen, und damit spiegelt sich soziale Ungleichheit, die zunimmt, deutlicher in der sozialräumlichen Struktur der Städte.

Die soziale Entwicklung in den westlichen Großstädten – von Berlin bis New York – wird seit einigen Jahren mit Begriffen wie Dualisierung bzw. Spaltung gekennzeichnet. Damit wird ein Wandel der Sozialstruktur der Großstädte benannt, der sich aus dem ökonomischen Strukturwandel, der Denationalisierung von ökonomischen Regulierungen und aus dem Abbau sozialstaatlicher Fürsorge ergibt.

Neben der großen Zahl von Arbeitslosen haben auch manche Beschäftigten Einkommensverluste hinzunehmen, so dass

die Realeinkommen eines großen Teils der Bevölkerung sinken. Auf der anderen Seite gibt es aber (in den sog. unternehmensorientierten Dienstleistungen, zu denen z. B. EDV, Werbung, Marketing, Unternehmensberatung und Kommunikationsdienste gehören) auch eine wachsende Zahl von Stadtbewohnern, die sehr hohe Einkommen beziehen. Wir haben es also mit einer Spreizung der Einkommensverteilung und – weil die mittleren Segmente quantitativ an Bedeutung verlieren – mit einer Polarisierung der Einkommensstruktur zu tun. Werner Hübinger hat gezeigt, dass etwa 40 Prozent der Bevölkerung unterhalb der „Wohlstandsschwelle“ leben, also unterhalb jenes Einkommensniveaus, das nicht zu spürbaren Notlagen führt.

Noch ist die Tatsache nicht ins breite Bewusstsein von Stadtbewohnern und Stadtpolitikern gedrungen, dass der Anteil von Bewohnern, die im kulturellen und/oder rechtlichen Sinne Zuwanderer sind, laufend zunimmt – selbst dann, wenn kein einziger Zuwanderer mehr über die Grenzen nach Deutschland gelangen kann. Denn die Zuwandererbevolkerung ist jünger, lebt häufiger in Familien und hat deshalb häufiger Kinder. Die kulturelle Heterogenität der Stadtbevölkerung wird also zunehmen, die Anteile von Bewohnern mit einem nichtdeutschen kulturellen Hintergrund werden in allen Großstädten in einigen Quartieren sehr hoch sein. Gleichzeitig verringert der ökonomische Strukturwandel aber gerade jenes Beschäftigungssegment, das in der Vergangenheit die meisten Zuwanderer aufgenommen hat: die unqualifizierte Arbeit in den Fabriken. Die Großstadtbevölkerung wird also heterogener, und die Konkurrenz um Arbeitsplätze wird schärfer. Sie wird in Zukunft wohl vor allem über Qualifikationen ausgetragen.

Selektive Mobilität

In den Großstädten bilden sich Quartiere heraus, in denen sich die „Überflüssigen“ konzentrieren: die marginalisierten Einheimischen und die diskriminierten Zuwanderer, die in den „besseren“ Vierteln keine Wohnung (mehr) finden. Zur Konzentration trägt zusätzlich die Abwanderung von Haushalten, die am ja immer noch vorhandenen Wohlstand in unserem Lande teilhaben, aus diesen Quartieren bei. Sie streben an Wohnstandorte, die am Rande oder außerhalb der Großstädte („im Grünen“) liegen. Die Gründe dafür sind die mangelhaften Umweltqualitäten in den dichten Großstadtgebieten, der Wunsch nach privater Grünfläche um das Haus (insbesondere dann, wenn Kinder zum



Schöne Aussicht?

Haushalt gehören) – und schließlich immer häufiger der Wunsch, sich von Nachbarn distanzieren zu können, deren Kultur und Lebensgewohnheiten man nicht mag. Für jeden freiwillig abgewanderten Haushalt zieht einer nach, der wegen seines Einkommens oder wegen kultureller Diskriminierung keine andere Wahl hat.

Diese selektiven Wanderungsprozesse waren in den vergangenen Jahren auch in den Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus zu beobachten, und zwar in West und Ost. In den alten Bundesländern wurden vor allem die Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau und die Belegungspraxis der Wohnungsämter für die „einseitigen“ Sozialstrukturen verantwortlich gemacht, in den neuen Bundesländern passt sich die Verteilung der Bevölkerung nach Einkommen und Lebensstil allmählich westlichen Mustern an. Problembeladene Nachbarschaften bilden sich nicht nur in den innerstädtischen Altbaubeständen, sondern auch in den seit den sechziger Jahren errichteten Neubau-Großsiedlungen am Stadtrand. Konnte früher – bei der Konzipierung von Stadterneuerungsprogrammen – von einer Identität von schlechten, erneuerungsbedürftigen Wohnungen und einer sozial marginalisierten Bewohnerschaft ausgegangen werden, so gilt diese Gleichung heute nicht mehr. Die soziale Marginalisierung wohnt überall. Die Probleme sind unabhängig vom Zustand der Bausubstanz, und es wäre daher falsch, sie mit baulichen Mängeln in Verbindung zu bringen.

Kulturelle Konflikte sind besonders heftig in den Schulen, wenn die Anteile von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache den Status einer Minderheit übersteigen. Ob berechtigt oder nicht, die Sorge der Eltern um die Bildungszukunft ihrer Kinder führt zur Abwanderung derer, die über die materiellen Voraussetzungen dafür verfü-

gen, wenn die Schule sich nicht in der Lage zeigt, mit den wachsenden Anforderungen einer multikulturellen Schülerschaft produktiv umzugehen. Die Schulsituation ist für Haushalte mit Kindern ein wesentlicher Grund dafür, die gemischten Quartiere zu verlassen und sich in einem Wohnquartier

niederzulassen, wo die soziale Homogenität größer ist. An dieser Abwanderung beteiligen sich im Übrigen integrierte und aufstiegsorientierte Zuwanderer-Haushalte ebenso wie einheimische; es wäre also zumindest voreilig, die Anlässe mit „Ausländerproblemen“ gleichzusetzen.

Das Ende des sozialen Mietwohnungsbaus

Im 19. Jahrhundert hat sich die soziale Ungleichheit, die damals besonders groß war, in einer krassen sozialen Sortierung der Bevölkerung in den Städten niedergeschlagen. Die „Wohnungsfrage“, die sich in den Verelendungsgebieten der Fabrikarbeiter deutlich stellte, war ein Kernbestandteil der übergreifenden „sozialen Frage“, zu deren Lösung Vorschläge aus allen politischen Lagern kamen. Eines der herausragenden Ziele der sozialen Stadt- und Wohnungspolitik, die dann nach dem Ende der Kaiserzeit in den zwanziger Jahren in den Großstädten tatsächlich praktiziert wurde, war der Abbau dieser Segregation und der Aufbau von Wohnquartieren, in denen, wie es später hieß, „die breiten Schichten des Volkes“ in besseren Wohnungen leben konnten. Die neuen Wohnungen sollten von hoher Qualität, aber auch bezahlbar für Haushalte mit geringeren Einkommen sein. Dies wurde durch die Beteiligung von Stadt und Staat an der Baufinanzierung ermöglicht – ein Modell, das ab den dreißiger Jahren „Sozialer Wohnungsbau“ genannt wurde. Wichtigstes sozialpolitisches Ziel der Intervention war es, zwischen Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt einen Puffer einzubauen, der die Gleichung „Wer arm ist, muss auch schlecht wohnen“ außer Kraft setzen sollte.

Ende der achtziger Jahre hat die Bundesregierung dann verkündet, dass es nicht mehr notwendig sei, den sozialen Mietwohnungsbaus weiter zu fördern, so dass

inzwischen ein Prozess der rapiden Schrumpfung dieser Bestände eingesetzt hat. Da jährlich über 100 000 Wohnungen aus den Sozialbindungen herausfallen, neue jedoch kaum gebaut werden, ist der Bestand von 4 Mio. Sozialwohnungen (1980) auf inzwischen 1,9 Mio. gefallen, und er wird innerhalb weniger Jahre auf einen Restbestand absinken. Die Wohnungsbaugesellschaften, die sich in öffentlichem Eigentum befinden, sind von der Politik aufgefordert, Wohnungen zu verkaufen, um die Eigentumsquote im Lande zu erhöhen. Dabei werden in der Regel die attraktivsten Bestände privatisiert und die Bestände, die für die Aufnahme der bedürftigsten Mieter bereitgestellt wurden, werden quantitativ verringert und räumlich konzentriert – und wirken damit stigmatisierend. Die Erfahrungen aus Großbritannien sollten eigentlich davor bewahren, die gleichen Fehler auch in Deutschland zu machen.

Die Modernisierung von Altbauwohnungen verringert zudem das Angebot an billigen Wohnungen im privaten Sektor. Während also die Zahl derjenigen Haushalte wächst, die aufgrund ihrer Einkommenssituation sich am normalen Wohnungsmarkt nicht adäquat versorgen können, schrumpft das Angebot, das genau für diese Situation entwickelt worden war. Das kleiner gewordene Angebot an Sozialwohnungen konzentriert sich räumlich in den jüngeren Beständen, die am Rande der Großstädte errichtet worden sind. Diese können deshalb die Ghettos des 21. Jahrhunderts werden.

Der Fahrstuhleffekt

Sozial selektive Weg- und Zuzüge sind nur eine Variante der Entstehung einer Konzentration von problembeladenen Haushalten, die andere ist eine Folge der Arbeitsmarktkrise. Dafür gibt es in den Großstädten heute viele Beispiele: Gebiete, in denen vorwiegend gering qualifizierte Industriearbeiter gewohnt haben („Arbeiterviertel“), erleben einen kollektiven Abstieg dadurch, dass die Fabrikarbeitsplätze verschwunden und die Arbeiter arbeitslos geworden sind. Plakativ formuliert: Aus einem Arbeiterquartier wird dann ein Arbeitslosenquartier. Die Kaufkraft nimmt ab, die sichtbare Armut nimmt zu, Läden werden geschlossen bzw. verändern ihr Angebot in Richtung Billigstwaren, und insgesamt verschlechtert sich das „Klima“.

Soziale Ungleichheit setzt sich – wenn es keine sozialstaatliche Intervention gibt – in sozialräumliche Segregation um; diese führt zu sich selbst verstärkenden Prozessen sozialer Selektion, an deren Ende



Viel Verkehr und wenig Grün: Die Umgebung der münchener Silberhornstraße ...

Quartiere stehen, die von einer kumulativen Abwärtsentwicklung betroffen sind: Mit jeder Stufe der Verschärfung der sozialen Probleme verlassen diejenigen Haushalte, die noch über Wahlmöglichkeiten verfügen, die Quartiere, womit dann die Konzentration und Dichte sozialer Problemlagen weiter zunimmt. Das ist ein Prozess der „Abwärtsentwicklung“, der sich selbst laufend verstärkt, wenn er nicht durch koordinierte Anstrengungen von Bewohnern, Eigentümern, Gewerbetreibenden und Stadtpolitikern unterbrochen wird.

Ist Segregation überhaupt ein Problem?

Nicht jede Form sozialer Segregation wird als ein soziales Problem gesehen. Das wird rasch deutlich, wenn man an die sehr exklusiven Wohngebiete der Reichen denkt, die es in jeder Großstadt gibt, die extrem segregiert sind, die aber weder für die Sozialämter noch für Stadtplanungsämter als besonders problematisch gelten.

Auch die räumliche Segregation von Zuwanderern stellt nicht per se ein Problem dar. Die „ethnischen Kolonien“, die es in jeder großen Stadt gibt, können für die Zuwanderer einen Schutzraum darstellen, in dem sie sich auf der Grundlage der Anerkennung ihrer mitgebrachten Identität mit der neuen Heimat auseinandersetzen können. Gebiete mit einer hohen Konzentration von Bewohnern einer bestimmten Nationalität können insofern Übergangsorte darstellen, die nach innen sehr gut integriert sind, aber dennoch Brücken bilden können, die die Integration in die Aufnahmegesellschaft erleichtern. Sie ermöglichen sozusagen eine behütete Erfahrung mit Rückzugsgarantie. Dieser integrative Charakter einer ethnischen Kolonie kann sich aber ändern und

unfreiwilliger Konzentration führt die Kolonie zu erzwungener Isolation.

Ist das Problem neu?

Es gehört zur Struktur von Großstädten, dass sich in ihnen an verschiedenen Orten Subkulturen bilden, in denen verschiedene Lebensstile und auch verschiedene Verhaltensnormen ein bestimmtes Milieu bilden. Dieser kulturelle und soziale Pluralismus von Großstädten ist Teil ihrer emanzipatorischen Kultur, weil es keine einheitliche, von irgendeinem Zentrum aus definierte Norm gibt, wie man zu leben habe. Insofern waren und sind Großstädte immer auch ein „Mosaik aus kleinen Welten“, wie es der amerikanische Stadtforscher Robert Park in den zwanziger Jahren formulierte. Ebenso wie die ethnischen Kolonien können solche Subkulturen oder Milieus durchaus eine integrative Funktion haben, indem sie Identitäten stabilisieren und eine Vermittlungsinstanz zur dominanten Kultur darstellen, die desintegrative Wirkungen bestimmter Verhaltensweisen abschwächt oder aufhebt.

Von Stadtsoziologen wurden insbesondere im Rahmen der Stadterneuerung in den siebziger Jahren die Subkulturen bzw. die Milieus in den Sanierungsgebieten als bewahrenswert beschrieben, die durch Stadtansanierung zu zerstören die Stadtgesellschaft nicht das Recht habe. Die Bedeutung dieser Kultur wurde durch die Lebendigkeit informeller Beziehungen belegt, durch Prozesse einer sozialen Integration auf nachbarschaftlicher Basis auch dort, wo die Systemintegration versagt hatte (im Fall von Arbeitslosigkeit, sozialer Diskriminierung oder unverschuldeter Not). Schließlich wurden gerade von Sozialwissenschaftlern die Subkulturen in den Sanierungsgebieten als Milieus beschrieben, die eine besondere Solidarität

in sein Gegenteil verkehren – das ist abhängig von der Dauer der Existenz einer solchen Subkultur, insbesondere aber davon, ob die Bewohner freiwillig oder erzwungen in einem solchen Ghetto leben. Bei

beinhalten, die das Potential einer „Gegenwehr“ haben und die schließlich eine Basis für den „antikapitalistischen Klassenkampf“ bieten könnten. Demgegenüber wurde die Stadtansanierung aber auch damit begründet, dass die Quartiere „rückständige Viertel“ seien, weil das Leben in solchen Quartieren bedeute, in einem Milieu mit einer Infrastruktur gefangen zu sein, das von den Lebenschancen, die die Gesellschaft bietet, ausschließt. Um dies zu vermeiden, so wurde die Argumentation fortgesetzt, müssten die Viertel beseitigt werden – also jene Gehäuse der Ärmlichkeit, die als der physische Kern der Benachteiligung gesehen wurden.

Die Quartiere, von denen heute die Rede ist, wenn von der Konzentration sozialer Probleme gesprochen wird, sind im Gegensatz zu diesen historischen Milieus keine kulturell einheitlichen, sondern sehr heterogene und sehr konfliktreiche Milieus. In ihnen wohnen aus den unterschiedlichsten Gründen marginalisierte einheimische Bewohner zusammen mit Zuwanderern, die noch keinen tragfähigen Zugang zur Aufnahmegesellschaft gefunden haben. Diese Subkultur wird nicht durch eine integrierende und richtungweisende Theorie zusammengehalten, wie sie der Marxismus für die Arbeiterquartiere dargestellt hat.

Hinzu kommt, dass es inzwischen unmöglich und unglaubwürdig geworden ist, wenn Planer oder Stadtpolitiker behaupten, sie könnten eine Entwicklungsperspektive aufweisen, die zweifellos auch diejenigen einschließe, die bisher an den Rand der Stadtgesellschaft gedrängt worden sind. Das heißt: Der Glaube an eine einheitliche und „richtige“ Modernisierungsperspektive ist verloren gegangen. Es gibt keine mobilisierende und organisierende theoretische Perspektive für die Benachteiligten mehr. Gleichzeitig hat die Bedeutung intermediärer Instanzen (z. B. Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Sportvereine) abgenommen, d. h., dass auch in den Milieus, von denen hier die Rede ist, eine Individualisierung voranschreitet, die allerdings gänzlich andere Perspektiven und Folgen hat als jene, die in den Hymnen der postmodernen Soziologie dargestellt werden. Je höher der Anteil von marginalisierten Personen und Haushalten in einem Quartier, desto stärker ist die soziale Distanz zur übrigen Stadt, und sie wird durch die räumliche Distanzierung noch verstärkt. Die sozialräumliche Konzentration kann dann dazu führen, dass ein problembeladenes Quartier zu einem Ort der Ausgrenzung wird.

Welche Effekte kann die soziale Segregation haben?

Anlass für eine Diskussion über die räumliche Konzentration von sozialen Problemen bzw. von Haushalten, die mit besonderen Problemen behaftet sind, ist die Vermutung, dass sich die Konzentration von Benachteiligten zusätzlich benachteiligend für diese auswirke, dass aus benachteiligten Quartieren benachteiligende werden oder dass „arme Nachbarschaften ihre Bewohner ärmer machen“. Die Tatsache, so die These, dass man in einer bestimmten Gegend wohnt, ist selbst ein Faktor der Benachteiligung; soziale Ungleichheit wird damit nicht nur befestigt, sondern verschärft.

Diese Behauptung ist nicht unumstritten, zumindest ist sie in Deutschland bisher nicht überzeugend nachgewiesen worden, sie gehört aber zum selbstverständlichen Argumentationsreservoir derjenigen, die die räumliche Konzentration von Armen oder sozial Marginalisierten bekämpfen – und damit befindet man sich oft in einer unfreiwilligen Koalition mit sozialtechnischen oder sogar fremdenfeindlichen Ansätzen. Das darf jedoch nicht vom Denken abhalten.

Benachteiligende Effekte eines Quartiers kann man sich auf verschiedene Weise vorstellen:

- Einerseits so, dass durch die vorherrschenden Überzeugungen und das dominante Verhalten der Bewohner eine „abweichende Kultur“ entsteht, die auch diejenigen prägt, die ihr bisher nicht angehörten. Soziales Lernen führt zu Verhaltens- und Denkweisen, die die Mitglieder einer solchen Kultur immer weiter von den Normen und Verhaltensweisen der Gesellschaft entfernen. Dadurch erleiden sie Nachteile, weil sie z. B. Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch dann nicht mehr ergreifen können, wenn diese objektiv wieder gegeben sind. In der konservativen

amerikanischen Version ist dies die zentrale Bestimmung der „underclass“, die durch negative Verhaltensweisen und diese rechtfertigende Einstellungen charakterisiert sei.

- Andererseits zeichnen sich benachteiligte Quartiere durch Eigenschaften aus, die entweder die Lebensführung beschwerlich machen und/oder die Handlungsmöglichkeiten ihrer Bewohner objektiv einschränken. Dabei geht es um physisch-materielle Merkmale eines Quartiers (z. B. Qualität als Wohnort, die Erreichbarkeit von sozialen Einrichtungen) sowie um seine institutionelle Ausstattung mit privaten und öffentlichen Dienstleistungen.
- Eine dritte Dimension der Wirkungen stellt das negative Image eines Quartiers dar, das aufgrund eigener Erfahrungen oder aufgrund von Vorurteilen dem Quartier aufgestempelt wird und das dann nach innen (gegenüber seinen Bewohnern) und nach außen (als Stigmatisierung der Bewohner) Effekte entfaltet, die die Handlungsmöglichkeiten der Bewohner erheblich einschränken. Bekannt sind die Beispiele, dass Arbeitssuchende sofort abgewiesen werden, wenn sie eine bestimmte Adresse als Wohnort nennen.

Das Quartier als Lernraum

In einer Nachbarschaft, in der vor allem Modernisierungsverlierer, sozial Auffällige und sozial Diskriminierte das Milieu bestimmen, können abweichende Normen und Verhaltensweisen dominant werden, „normale“ gesellschaftliche Rollen hingegen sind nicht oder immer weniger repräsentiert. Dadurch werden interne Rückwirkungen erzeugt, die zu einer noch stärkeren Dominanz der abweichenden Normen führen, und von dieser geht nun ein Konformitätsdruck aus. Sowohl durch sozialen Druck wie durch Imitationslernen werden diese Normen immer stärker im Quartier verbreitet; die Kultur der Abwei-

chung wird zur dominanten Kultur. Kinder und Jugendliche haben gar nicht mehr die Möglichkeit, andere Erfahrungen zu machen, und werden so gegenüber der „Außenwelt“ sozial isoliert. Beispiele dafür gibt es genug: Wenn Kinder oder Jugendliche überhaupt niemanden mehr kennen, der einer regelmäßigen Erwerbsarbeit nachgeht, entwickeln sie keine Vorstellung davon, dass pünktliches und regelmäßiges

Aufstehen sowie die Aufrechterhaltung einer äußeren Ordnung (Selbstdisziplin) eine Lebensmöglichkeit darstellen, die mit gewissen Vorteilen verbunden sein kann. Oder wenn Jugendliche in ihrem Umkreis niemanden mehr kennen, der mit „normaler“ Erwerbstätigkeit seinen (bescheidenen) Lebensunterhalt verdient, hingegen einige, die sich mit illegalen Aktivitäten ohne großen Aufwand eine spektakuläre Lebensführung ermöglichen und die sich obendrein über einen mühseligen Schulbesuch lustig machen – welche Handlungsalternativen bieten sich da? Die Einschränkung der Erfahrungswelt insbesondere von Jugendlichen und Kindern durch die fehlende Repräsentation von sozialen Rollen, die ein „normales“ Leben ausmachen (z. B. Erwerbstätigkeit, regelmäßiger Schulbesuch etc.), stellt eine Benachteiligung dar, weil sie die Möglichkeiten sozialen Lernens beschränkt und einen Anpassungsdruck in Richtung von Normen und Verhaltensweisen erzeugt, die von der übrigen Gesellschaft mit Ausgrenzung beantwortet werden.

Das Quartier als soziales Netz

In der Arbeitslosigkeit verengen sich die ohnehin schon vergleichsweise kleineren Netze von Unterschichtsangehörigen weiter: Nach dem Verlust von Kontakten, die mit dem Arbeitsplatz verbunden waren, ist der Rückzug ins Private ein Ausweg bei Selbstzweifeln und Resignation; auch werden Kontakte vermieden, die jene Lebensweise repräsentieren, die man selbst nicht mehr führen kann; Armut schließt von Aktivitäten aus, die mit Geldausgaben verbunden sind – all dies sind Reaktionen, die in der Arbeitslosenforschung hinreichend belegt sind.

Die sozialen Netzwerke werden enger und homogener, und dadurch verändert sich ihre Qualität. Lose geknüpfte Netzwerke, die aber sozial heterogen sind, sind weit produktiver und ertragreicher als eng geknüpfte soziale Netze, die (gerade deswegen) sozial homogen sind. Wenn daher ein Haushalt aufgrund von Einkommensverlusten seinen Wohnstandort wechseln und in ein „benachteiligtes“ Quartier ziehen muss, sinken seine Chancen für eine Selbstbehauptung, denn er kennt dann nur noch Leute, die ähnliche Probleme wie er selbst haben. Räumliche Mobilität wird durch soziale Abwärtsmobilität erzwungen und verstärkt diese zusätzlich. Die vergleichsweise engen Nachbarschaftsbeziehungen in problembeladenen Quartieren, denen unter fürsorgerischer Perspektive besonderer Respekt entgegengebracht wird, sind hinsichtlich der Informa-



... wird im nächsten Jahr Sanierungsgebiet.

tions- und Interaktionschancen, die sie bieten, als ausgesprochen defizitär einzustufen. Das soziale Handeln ist auf ein benachteiligtes Milieu beschränkt.

Verlust sozialer Stabilität

Der Verlust an integrierten Gruppen (Familien, Erwerbstätige, Qualifizierte) verringert die soziale Stabilität im Quartier, weil es keine ausreichende Zahl von Aktivist:innen in quartiersbezogenen Institutionen, Vereinen, Initiativen usw. mehr gibt. Familien mit Kindern kümmern sich in der Regel stärker um die Qualität ihrer Wohnumwelt als mobilere und ortsunabhängigere Bewohner. Wenn Familien abwandern, gehen konfliktmoderierende Potentiale verloren, und auch die Gelegenheiten zu Begegnungen und Interaktion werden geringer – insbesondere im Bereich Sport, Freizeit und Jugendarbeit. Gegenseitige Ablehnungen und Vorurteile können dann jenseits von Erfahrung gepflegt und verfestigt werden, was insbesondere in jenen Quartieren ein besonderes Problem ist, wo die Zahl der ethnischen Minderheiten groß ist.

Verlust der Anerkennung

Zu diesen Wirkungen kommen mögliche materielle Nachteile hinzu, die dadurch entstehen, dass die Infrastrukturversorgung bei sinkender Kaufkraft und abnehmender Nachfrage nach kulturellen Gütern schlechter wird. Dann müssen weitere Wege für die Versorgung mit solchen Gütern oder Dienstleistungen bewältigt werden, was rasch sehr teuer werden kann. Hinzu kommen nachteilige Wirkungen von Stigmatisierungsprozessen, die sowohl das Selbstwertgefühl als auch die Außenwahrnehmung negativ beeinflussen und zu dem Gefühl beitragen, „den Anschluss zu verlieren“. Da die Einschätzung, von der Gesellschaft im Stich gelassen bzw. abgehängt worden zu sein, zu einer wachsenden Distanz zum politischen System führt, ist die (niedrige) Wahlbeteiligung ein möglicher Indikator für die Identifizierung von Gebieten, in denen die soziale Ausgrenzung bereits weit fortgeschritten ist – wenn nicht aus Protest die Verbreiter von ausländerfeindlichen Parolen gewählt werden.

Ghettos ohne Mauern

Durch sozial selektive Migration und durch die Verarmung der Bewohner können in einem Quartier Prozesse in Gang kommen, die zu einer kumulativ sich selbst verstärkenden Spirale der Abwärtsentwicklung („Fahrstuhleffekt“) führen. Dadurch entsteht ein soziales Milieu, das eine Umwelt

für soziales Lernen darstellt, in der nur noch eine begrenzte Realitätswahrnehmung möglich und der Verlust von „moralischen Qualifikationen“ wahrscheinlich ist, die aber Voraussetzung für eine Reintegration in die Erwerbstätigkeit wären. Durch Migrationsprozesse bildet sich ein Milieu der Benachteiligung immer stärker heraus; diejenigen, die keine Möglichkeit zur Wahl eines anderen Wohnstandorts haben, passen sich diesem Milieu langsam an. Insbesondere die Kinder und Jugendlichen werden kaum noch mit positiven Rollenmodellen konfrontiert und geraten – auch durch Anpassungsdruck – in einen Sozialisationsprozess, dessen Ergebnis Verhaltensweisen sind, die ein Entkommen aus dem Milieu der Benachteiligung unwahrscheinlicher machen. Diese „inneren“ Prozesse werden verstärkt durch Veränderungen des „äußeren“ Milieus: Die Verwahrlosung von Gebäuden, Straßen und Plätzen sowie die Degradierung der Versorgungsinfrastruktur haben eine weitere Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls zur Folge und verstärken die Neigung zu Rückzug und Resignation. Die Mobilien verlassen solche Quartiere und schwächen damit die sozialen Kompetenzen und die politische Repräsentation des Quartiers – denn z.B. um eine wirksame Nachbarschaftsinitiative zu gründen, bedarf es einiger sozialer Kompetenzen.

So entstehen „Ghettos ohne Mauern“, Orte der sozialen Ausgrenzung. Aus dem Strudel multipler und kumulativer Benachteiligung, der mit dem unfreiwilligen Wohnen in solchen Quartieren verbunden ist, gibt es nach einer gewissen Zeit kein Entkommen mehr. Die Bewohner sind mit ihren Quartieren ausgegrenzt, wenn nicht eine solidarische Stadtgesellschaft Prozesse der sozialen Stabilisierung einleitet und die Reintegration der Quartiere und ihrer Bewohner dauerhaft unterstützt. Die frühere Einschätzung, sozialräumlich segregierte Quartiere seien Orte einer emanzipatorischen Kultur, ist heute wohl kaum mehr zu begründen.

Die Modernisierungsperspektive der siebziger und achtziger Jahre erlaubte eine Klassifikation der Wohn- und Lebensbedingungen in den Sanierungsgebieten als „rückständig“, weil der Einbezug auch der Armen und Marginalisierten in den sich aufwärts bewegenden „Fahrstuhl“ ökonomischen Wachstums und kultureller Modernisierung fraglos möglich erschien. Bei dem Problem, wie mit segregierten Quartieren umzugehen sei, stellte sich nur die Frage, ob der Integrationsprozess durch staatliche Intervention beschleunigt werden solle oder nicht. Anders ist die Situation heute: Die Integrationsprozesse sind

prekär geworden; statt quasi-automatischer Integration ist die Perspektive für die Marginalisierten heute eher die Ausgrenzung. Der „Fahrstuhl“ ist nicht mehr groß genug, alle mitzunehmen. Die Quartiere können sich, wenn der Prozess der sozialen Entmischung erst ein gewisses Niveau erreicht hat, nicht mehr selbst helfen. Sie sind mit den Integrationsproblemen tatsächlich überfordert, weil die sozialen Kapazitäten zur gleichen Zeit erodieren, in der die Integrationsprobleme zunehmen. Ohne eine stabilisierende Unterstützung würden sie sich weiter „nach unten“ entwickeln, selbst wenn die Eigenart der Subkultur heute als bewahrenswert angesehen wird. Daher sind Ansätze einer integrierten Quartierspolitik notwendig, die sich auf das Quartier als sozialen Raum richten und die Entwicklung und Stabilisierung der meistens noch vorhandenen Potenziale fördern. Die Bewohner, die Gewerbetreibenden und die Eigentümer müssen in die Lage versetzt werden, eine Perspektive für ihr Quartier zu entwickeln, an die sie deshalb glauben können, weil diese auch von ihrem eigenen Handeln abhängig ist.

Der Text ist erstmals veröffentlicht in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ der Wochenzeitung „Das Parlament“ im November 2000.

Hartmut HäuBermann

Dr. rer. pol., Diplom-Soziologe, geb. 1943; seit 1993 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Mitglied im Konzil der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS).



Zum Weiterlesen:

Christian Holl (Hrsg.): Soziale Stadt – Ein Politisches Programm in der Diskussion

13 Beiträge über die unterschiedlichen Aspekte einer zeitgemäßen Stadtgestaltung mit Beispielen aus betroffenen Stadtteilen. Deutsche Verlagsanstalt, Buchreihe der Zeitschrift db - Deutsche Bauzeitung, 2002 120 Seiten, 25 Euro

„Soziale Stadt“ in München

Leben im Quartier



„Besonderen Entwicklungsbedarf“ – weil sie diesen haben, sind in München in den vergangenen Jahren zwei Wohnviertel in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen worden: das Hasenberg und Milbertshofen. Gebiete am Mittleren Ring in Berg am Laim, Ramersdorf und Giesing sollen nun ebenfalls 'sozial' saniert werden.

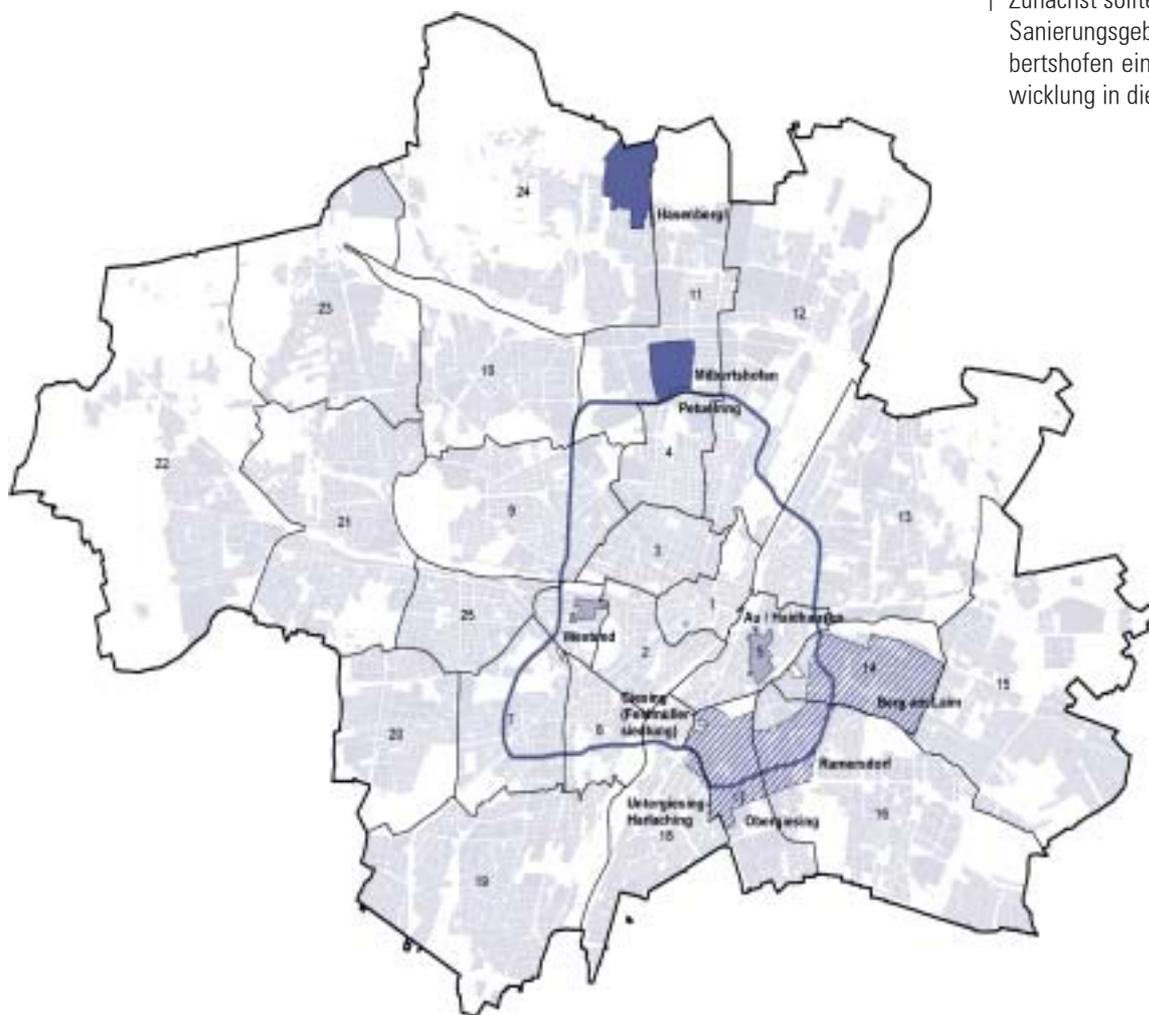
Alle Viertel haben gemeinsam, dass sie Schwachpunkte aufweisen, die sie vom Rest der Stadt abkoppeln. Einer davon ist das Einkommen der in den Gebieten lebenden Menschen. „Laut Armutsbericht

leben hier überdurchschnittlich viele Empfänger von Transferleistungen wie Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld“, erklärt Baudirektorin Sabine Steger, zuständig für Stadtsanierung in München. In Berg am Laim, Ramersdorf und Teilen von Giesing soll im nächsten Jahr begonnen werden, was im Hasenberg und Milbertshofen in der Endphase liegt: Eine Sanierung, die nicht nur bauliche Mängel beheben will, sondern gleichzeitig die Bedürfnisse der Bewohner nach Grünflächen, Treffpunkten, Einkaufs- und Arbeitsmöglichkeiten berücksichtigt.

Das Programm Soziale Stadt

Doch bauliche Veränderungen reichen nicht aus, um ein Viertel aufzuwerten, es sind die sozialen Probleme der Bewohner, die gleichzeitig angegangen werden müssen. Deshalb haben Bund und Länder 1999 ein Programm ins Leben gerufen, das sich neben dem Zustand der Gebäude und Plätze auch um das soziale Leben seiner Bewohner kümmert. Nachhaltigkeit ist dabei eines der Stichworte: Das Erreichte soll sich verfestigen und nach Beendigung der Maßnahmen ohne Unterstützung weiterlaufen. Je 30 Prozent der Kosten übernehmen dabei Bund und Land, 40 Prozent muss die Stadt aufbringen.

Im Juli 1999 beschloss der Münchner Stadtrat, sich am Programm zu beteiligen. Zunächst sollte das neue Konzept in den Sanierungsgebieten Hasenberg und Milbertshofen eine nachhaltige Aufwärtsentwicklung in diesen Gebieten einleiten und



Sanierungsgebiete in München

Hellblau: Klassische Sanierungsgebiete

Blau: Festgelegte Gebiete Soziale Stadt

Schraffiert: Untersuchungsgebiete 'Soziale Stadt'

Oktober 2004
Stadt München, Planungsreferat HA III

sichern. Ende 2000 wurden dann auch für die am Mittleren Ring gelegenen Gebiete in Berg am Laim, Ramersdorf und Giesing aufgrund vorhergehender Studien Untersuchungen beschlossen, die bis Mitte 2004 mit der Bevölkerung diskutiert wurde. Ähnlich wie in Milbertshofen wünschen sich die Anwohner hier mehr Grün, weniger Lärm und soziale Hilfen. Nach dem Beschluss des Stadtrates kann es hier Anfang nächsten Jahres mit gezielten Maßnahmen losgehen.

Hasenberg

Zeitraum: 1999 bis 2005

Lage:

Das am äußersten nördlichen Stadtrand gelegene Viertel mit rund 23.000 Bewohnern auf 207,2 ha wurde in den 60er und 70er Jahren angelegt.

Schwachstellen:

Aufgelockerte Bebauung mit viel Grün, das aber wegen fehlender Verbindungen wenig genutzt wurde. Reine Wohngegend, d.h. fehlende Arbeits- und Ausbildungsplätze, daher hohe Jugend-Arbeitslosigkeit. Wenig Einkaufsmöglichkeiten, sehr wenig Gastronomie und kulturelle Einrichtungen. Viele deutsche Bewohner zogen in den 70er und 80er Jahren weg, Migrantanteil 26 Prozent, 52 Prozent Sozialwohnungen.

Projekte:

36 Projekte, u.a. zwei neue Ladenzentren, Lokal Steiner's, Jugendzentrum, Werkstatt für Jugendliche und Beschäftigungsinitiative 'Junge Arbeit', die öffentliche Aufträge wahrnehmen soll (Vorbild: Augsburger Lehmhaus e.V.), Fitnessstudio, Kindergärten, Seniorenpavillon, Umgestaltung von Straßen, Plätzen und Grünflächen, Genossenschaft „made in hasenberg“ zur Finanzierung der Geschäftsidee 'Herstellung von Terrazzo-Böden'.

Kosten:

44.240.811,00 Euro

Quartierskoordination:

Anselm Bilgrim und Partner
Michael Kunze, Dr. Ernst Friedrich

Stadtteilbüro:

Linkstraße 56, 80933 München
Tel. 089-31 28 76 40, Fax 089-31 28 76 41

Öffnungszeiten:

Mo, Fr 9 - 11 Uhr, Mi, Do 16 - 19 Uhr

E-Mail:

stadtteilbuero.hasenberg@t-online.de,
www.soziale-stadt-muenchen.de/hasenberg

Bau, Beschäftigung, Soziales und Ökologie

Damit möglichst alle Bedürfnisse berücksichtigt werden, wird zunächst ein integriertes Handlungskonzept erstellt, das Stadtraum, Freiraum, Verkehr, die soziale Situation der Bewohner, die Infrastruktur und die ansässigen Betriebe einbezieht. Als „roter Faden“ bildet es die Basis für konkrete Projekte, ist aber gleichzeitig offen für Modifizierungen. Auf der anderen Seite müssen nun auch alle in der Verwaltung zuständigen Ressorts eingebunden werden: Das Planungs- und Baureferat arbeitet mit dem Sozialreferat, den Referaten für Arbeit und Wirtschaft, Gesundheit und Umwelt und dem Schul- und Kulturreferat in einer „Lenkungsgruppe“ eng zusammen, andere Verwaltungsstellen werden nach Bedarf einbezogen.

Lenkungsgruppe

Unter dem Vorsitz des Planungsreferates beraten die Fachleute aus den Referaten, in welchen Gebieten welche Maßnahmen durchgeführt werden, dazu haben sie einen Kriterienkatalog und Qualitätsanforderungen entwickelt. Neue Projekte können eventuell mit bereits bestehenden vernetzt werden – hier ist Informationsaustausch in und zwischen den Referaten wichtig.

Einmalig bei diesem besonderen Stadtentwicklungskonzept ist die Einbindung der Bewohner in die Planung und Umsetzung aller Veränderungen – ob sie nun Wohnungen, Grünanlagen, Orte zur Zusammenkunft oder Geschäfte und Unternehmen betreffen. In verschiedenen Veranstaltungen stellt die Lenkungsgruppe den Bewohnern ihre Vorschläge vor und nimmt deren Anregungen auf.

Koordinierungsgruppe und Quartierskoordination

Als Gegenpart zur verwaltungsinternen Lenkungsgruppe fungiert vor Ort die schon in den Voruntersuchungen gegründete Koordinierungsgruppe. Ihr gehört der Bezirksausschuss, Vertreter der Stadtreferate, Bewohnervertreter und andere im Stadtteil wichtige Akteure an wie Sozialbürgerhäuser, Volkshochschule, Vereine, Gewerbe, Kirchen und Moderatoren des Vereins zur Regionalisierung sozialer Dienste e.V. (REGSAM). Anträge aus dem Stadtteil kann die Koordinierungsgruppe selbstständig bearbeiten und Geld für Sofortmaßnahmen zur Verfügung stellen. Die strategische Entwicklung liegt dagegen bei den von der Lenkungsgruppe beauftragten Quartierskoordinatoren, die den ständigen Kontakt mit den Anwohnern und deren Mitarbeit durch verschiedene öffentliche Veranstaltungen und Beteiligungsverfahren sichern. Sie sind in eigens eingerichteten Stadteilläden erreichbar, die als Informationszentren dienen und auch von Gruppen aus dem Stadtteil genutzt werden können – für Feste, Ausstellungen oder andere Veranstaltungen. Daneben bereiten die Quartierskoordinatoren die Sitzungen der Koordinierungsgruppe vor und moderieren sie, erstellen Broschüren zur Information der Anwohner, die bei Infoständen und Veranstaltungen verteilt werden.

Bewohner planen mit

Auf Zukunftskonferenzen beteiligen sich die Bewohner an der Planung und bringen ihre Anliegen vor, die Interessensgruppen verwirklichen sollen. Gemeinsame Ziele schälen sich auf einer „Zeitreise“ heraus, die einen Rückblick auf die Vergangenheit



Ausbildungsplätze schafft die Initiative 'Junge Arbeit' im Hasenberg und in Neuperlach.



Der Generationengarten in Milbertshofen im Übergang des Petuelparks zur Spielmeile Süd.

des Viertels wirft, die Gegenwart spiegelt und Entwürfe für die Zukunft vorstellt. Daraus werden dann konkrete Projekte formuliert – Grünflächen, Spielplätze und Treffpunkte sollen geschaffen werden und verschiedene Angebote für Kinder und Jugendliche in schulischer und beruflicher Hinsicht.

Geld aus verschiedenen Töpfen

Allein mit den Mitteln des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ allerdings können die Kosten der gewünschten Veränderungen nicht gedeckt werden. „Diese Mittel sind subsidiär, sie können dann beansprucht werden, wenn es anderweitig kein Geld für die Maßnahmen gibt“, erklärt Steger. „Für die Programmgebiete der Sozialen Stadt Hasenberggl und Milbertshofen standen in den Jahren 1999 bis 2004 rund 17,5 Millionen Euro zur Verfügung; man muss aber bedenken, dass jeder Euro, der im Städtebau investiert wird, etwa sieben bis acht Euro an Investitionen aus privaten oder anderen Fördermitteln nach sich zieht.“ Erstmals aber kann Geld aus dem Städtebau im Programm Soziale Stadt auch für nichtinvestive Maßnahmen zur Förderung der Eigeninitiative der Bevölkerung verwendet werden.

Für ganz Bayern sicherte Innenminister Beckstein Mitte Oktober auf der Tagung „Fünf Jahre Soziale Stadt“ 20,2 Millionen Euro im nächsten Jahr zu, Anfang Dezember bekam Bayern aus nicht abgerufenen Mitteln anderer Länder nochmals 2,55 Millionen Euro dazu. 50 Quartiere in 41 Gemeinden können diese Mittel beantragen – sofern sie den Eigenanteil von 40 Prozent aufbringen.

Andere Förderprogramme ergänzen die Finanzierung der vielfältigen Projekte, die im Rahmen des Sozialen-Stadt-Pro-

gramms von Bürgern und Verwaltung formuliert werden. Geld aus dem Europäischen Sozialfonds, z.B. aus dem Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“, oder aus dem Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit der Bundesregierung kommen neben vielen anderen zum Einsatz.

Unterschiedliche Problemlagen

Das Hasenberggl im äußersten Norden Münchens wurde in den 60er und 70er Jahren bebaut – mit viel Grün zwischen den Wohnungen. Heute leben hier viele Menschen mit geringem Einkommen und Arbeitslose, darunter viele Migranten, in den Schulen macht ihr Anteil 80 Prozent aus. In der Wohnsiedlung gab es kaum Läden, Gaststätten und Arbeitsplätze und viele, vor allem ausländische Jugendliche ohne Perspektive. Neben neuen und modernisierten Wohnungen, Läden und Kindergärten gibt es nun, fünf Jahre nach Beginn des Programms, ein Stadtteilcafé und das Lokal Steiner's in der Aschenbrennerstraße, das Jugendlichen und Sozialhilfeempfängern aus dem Viertel Ausbildungs- und Arbeitsplätze bietet – dies tun auch die Beschäftigungsinitiative „Junge Arbeit“, die Genossenschaft 'made in hasenberggl' und ein Fitnessstudio.

„Als nächstes wollen wir den Durchgangsweg zum Korbinianhölzel an der Kirche schön und sicher machen und die ehemaligen Trambahntrassen in der Mitte der Schleißheimerstraße zu grünen Erholungsflächen umgestalten“, erklärt Bau- und Stadtentwicklungsdirektorin Steger und schwärmt: „Ein Schachspiel wäre denkbar, es gibt viele Möglichkeiten hier. Und die Festwiese Dülferanger wird auch noch verschönert“. Denn vor allem hier werden sich die Hasenbergler mit den Bewohnern des neuen Stadtteils auf der Panzerwiese treffen.

Ein Kulturzentrum für Milbertshofen

In Milbertshofen ist die Arbeit der Quartierskoordinatoren schon zu Ende: Bis Ende November haben die Sozialpädagogin Eva Bruns und ihre beiden Kollegen gemeinsam mit der Koordinierungsgruppe und den Anwohnern hier viele Projekte auf die Beine gebracht. Unter anderem

haben sich 63 Ladeninhaber und Handwerker im Gewerbeverein „Milbertshofen in Aktion e.V.“ zusammengeschlossen, 'Gemeinsam sind wir stark' lautet das Motto. Mit Aktionen und Informationsnetzwerken wollen die Fachgeschäfte Kunden binden und gewinnen. Auf Beratung müssen sie auch in Zukunft nicht verzichten: Mit dem Folgeauftrag zur Stärkung der lokalen Ökonomie wird Eva Bruns weiterhin im Stadtteil laden arbeiten. Zwei Frauen, die unter der Federführung des Kulturreferates den Aufbau des neuen Kulturhauses an der Keferloher/Ecke Schleißheimer Straße begleiten, ziehen in Kürze mit ein. „Gerne hätten wir noch eine Nachbarschaftshilfe aufgebaut, das Interesse war da“, bedauert Bruns. „Gerade ältere Bewohner und junge Mütter, die wissen, dass sie hier bleiben, engagieren sich besonders.“ Vielleicht würden dann auch Deutsche und Migranten mehr zueinander finden. „Ich bin gespannt, wie das im Generationengarten laufen wird,“ sagt sie. Hier, am Übergang zum Petuelpark, wollen die Bewohner selber garteln und feiern – mit dem Projekt sind die Leute vom Verein Stadtteilarbeit bei den Anwohnern zunächst von Haustür zur Haustür gelaufen. Was die Quartierskoordinatoren bisher erreicht haben, „ein positives Gefühl für diesen Stadtteil und neue Begegnungen mit Nachbarn“, wie es eine

Milbertshofen

Zeitraum: 2000 bis 2004

Lage:

Das Sanierungsgebiet mit rund 20.200 Bewohnern auf 96,4 ha liegt zwischen Petuel- und Frankfurter Ring und Riesenfeldstraße und Christoph-von-Gluck-Platz

Schwachstellen:

Wenig Grün, viel Durchgangsverkehr, fehlende Wege, Familienwohnungen, Bewohnertreffpunkte und Jugendangebote, hohe Arbeitslosigkeit, Armut, Migrantenanteil 36 Prozent.

Projekte:

25 Projekte u.a.: Stadtteilkulturzentrum, Spielmeile mit Generationengarten, Umgestaltung Hanselmannstr., Anhalter- und Oberhoferplatz, Bewohnertreff Korbinianstr., Wohnungsbau und -modernisierung

Kosten:

51.396.800 Euro

Stadtteil Laden K45

Knorrstraße 45, 80807 München
Tel.: 089-35 06 36 21

E-Mail: K45.stadtteil Laden@web.de
www.soziale-stadt-muenchen.de/milbertshofen, www.milbertshofen-info.de

Mittlerer Ring Süd-Ost

Zeitraum: ab 2005

Lage:

Das Untersuchungsgebiet umfasst 930 ha mit rund 91.000 Bewohnern (Stand 2000) in Berg am Laim östlich der Aschheimer- / Ampfing Straße und südlich von Truderinger- und Neumarkter Straße, in Ramersdorf-Perlach südlich der Werinher- / Claudius- Keller-Straße bis zur Ständlerstraße bzw. zum Innsbrucker Ring, Giesing vom Ortskern Giesing / Ostfriedhof bis zur Stadelheimer Straße, im Westen begrenzt durch Fromund- und Soyerhofstraße.

Schwachstellen:

Viel Verkehr und fehlender Schallschutz, wenige und sanierungsbedürftige öffentliche Anlagen, fehlende Fuß- und Radwege, hohe Arbeitslosenquote

Angedachte Projekte:

Lärmschutzmaßnahmen am Mittleren Ring, Verbesserung des Wohnumfeldes und neue, größere Wohnungen, Neugestaltung des Karl-Preis-Platzes und des Piusplatzes, Umstrukturierung des Agfa-Geländes, Stärkung der lokalen Ökonomie

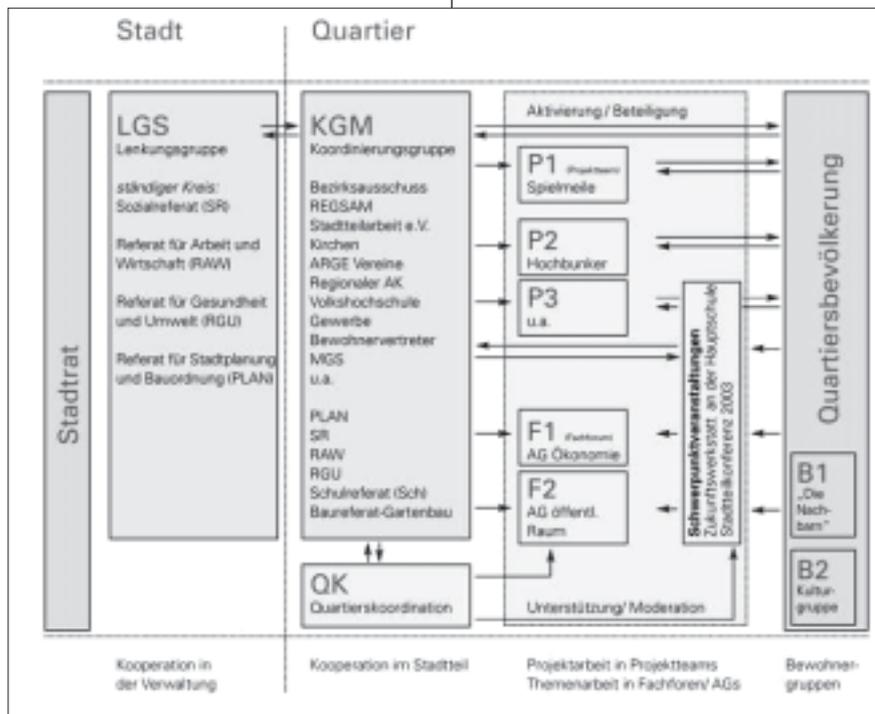
Bewohnerin ausdrückte, freut Eva Bruns: „Das ist doch auch genau das, was das Programm soziale Stadt will“. Aufgewertet ist der Stadtteil auch seit dem Bau des Petuertunnels und des Parks darauf: Weniger Lärm und mehr Grün, das sich in der Spielmeile mit dem Generationengarten fortsetzt. Auch Wohnungsvorkäufer wissen das: „Die Wohnungen werden jetzt unter 'Nordschwabing' angeboten“ erzählt Bruns.

Lärmschutz am Mittleren Ring

Wenn der Stadtrat Anfang des nächsten Jahres beschließt, am Mittleren Ring mit



Lautes Wohnen an der Tegernseer Landstraße



In den Gebieten arbeiten Koordinierungsgruppe und Quartierskoordination eng zusammen, letztere übernimmt dabei auch strukturierende und moderierende Funktionen.

dem Sozialen-Stadt-Programm tätig zu werden, muss zunächst die Struktur geschaffen werden, vier Bezirke sind hier betroffen. Sollten zwei Programmgebiete definiert werden, werden Stadtteilläden, Koordinierungsgruppen und Quartierskoordinationen eingerichtet, alle Akteure im Stadtteil sollen an einen Tisch. Größere, preiswerte Wohnungen fehlen hier, erklärt Baudirektorin Steger. Gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften will man so bauen und modernisieren, dass eine möglichst große Lärmdämmung erreicht wird. „Im Vordergrund stehen aber schon die sozialen Probleme“, sagt Steger. „Die Bewohner, so kam es in der Beteiligungsphase heraus, wünschen sich vor allem mehr Grünanlagen, Spiel- und Bolzplätze, das Agfa-Gelände steht hier in der Diskussion, die Umgestaltung des Karl-Preis- und des Pius-Platzes. Aber die Interessen sind vielschichtig. Die Senioren wollen gerne Treffpunkte und Freiflächen, aber vor allem für Kinder und Jugendliche gibt es einen großen Bedarf.“ Auch das ansässige Gewerbe will man stärken – z.B. durch gemeinsames Marketing im Verband – und sich um die bessere Integration von Migranten kümmern.

Hans-Mielich-Platz nicht im Programm

2000 Unterschriften hat die Bürgerinitiative „Mehr Platz zum Leben“ gesammelt, auch sie wollen ins Soziale-Stadt-Programm, doch Steger wehrt ab: „Der Hans-Mielich-Platz weist nicht so viele Schwachpunkte auf – etwa städtebaulich, sozialräumlich oder in der lokalen

Ökonomie –, dass er ins Programm aufgenommen werden kann“, erklärt sie. „Sicher gibt es hier einen gewissen Bedarf, doch damals als das Baureferat noch einen konkreten Planungsauftrag hatte, konnten sich die Bewohner und Gewerbetreibenden auf keine gemeinsame Lösung einigen. Das letzte Wort hat aber der Stadtrat, vielleicht gibt es ja eine andere Lösung.“

Andrea Reiche

Förderung für lokale Initiativen

Initiativen in den 'Soziale-Stadt'-Gebieten können sich um eine Förderung aus dem Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke LOS“ bewerben. Es ist Teil des Europäischen Sozialfonds und fördert kleine lokale Initiativen zur verstärkten Nutzung der örtlichen Beschäftigungspotenziale. Einzelmaßnahmen wie Ausbildungskurse, lokale Märkte, Freizeitangebote und Selbsthilfekurse in Form von Organisationen, Existenzgründungen oder einzelnen Aktionen können bis zu 10.000 Euro gefördert werden. Sie müssen in einem der Soziale-Stadt Regionen Hasenberg, Milbertshofen und Mittlerer Ring Süd-Ost stattfinden und bis 30. Juni 2005 beendet sein.

Informationen:

Referat für Gesundheit und Umwelt
Herr Krakau, Tel: 233-475 45
E-Mail: florian.krakau@muenchen.de

Gesundes Wohnumfeld für Kinder

„Die Hunde dürfen frei rumlaufen, wir Kinder nicht! Nirgends ist Platz zum Austoben. Irgendein Erwachsener fühlt sich immer gestört, es fehlen Plätze, wo Kinder ungestört spielen können...“ Dies war die Meinung eines Jungen, der beim Forum Kinder-Umwelt und Gesundheit mit erwachsenen Experten über Wohnen und Wohnumgebung von Kindern diskutierte.

Wie kann die Wohnumgebung für Kinder attraktiver gestaltet werden? Wie können wir erreichen, dass Kinder wieder mehr Zeit im Freien, anstatt vor dem Fernseher und dem PC verbringen? Wie können Kinder vor Innenraumschadstoffen geschützt werden?

Erste Phase läuft

Das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) will Antworten auf diese Fragen finden. Im März 2003 hat der Münchner Stadtrat die Umsetzung des APUG auf kommunaler Ebene beschlossen. Für die erste Phase wurde der Schwerpunkt auf die Förderung gesunder Wohnbedingungen und eines gesunden Wohnumfeldes für Kinder und Jugendliche gelegt. Weitere Bausteine des Münchner APUG sind der Aufbau einer kleinräumigen umweltbezogenen Gesundheitsberichterstattung und die Entwicklung eines mehrstufigen Konzepts zur kommunalen Risikokommunikation.

In „Soziale Stadt“ integriert

Seit April dieses Jahres laufen – mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Gesundheit und soziale Sicherung – verschiedene APUG-Aktionen in

Berg am Laim und Ramersdorf. Warum dort? Die Auswahl dieser Region ist nicht willkürlich: Im Münchner Südosten laufen derzeit die Planungen für das Stadtteilsanierungsprojekt „Soziale Stadt“. Die vorwiegend städtebaulichen Maßnahmen dieses Programms sollen mit Maßnahmen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes verknüpft werden.

Was passiert in Berg am Laim und Ramersdorf?

- Im Frühjahr und Sommer 2004 hatten Kinder und Jugendliche Gelegenheit, mit dem Kinder-Aktions-Koffer ihren Stadtteil zu erforschen, an einem Schulklassenprogramm zum Thema kinderfreundliches Wohnen teilzunehmen und beim ersten Kinderforum in Berg am Laim ihre Wünsche, Forderungen und Anträge vorzubringen.
- Familien mit kleinen Kindern werden u. a. zu Fragen der Unfallverhütung und der Innenraumluftbelastung beraten.
- Kinder und Jugendliche aus Berg am Laim entwickelten einen Kinderstadtteilplan.
- Für Mädchen und Jungen werden Kochkurse zur gesunden Ernährung angeboten.
- Eltern sind eingeladen, sich über das Thema „Kleine Kinder und Fernsehen“ zu informieren.
- Der „Bus mit Füßen“ soll Kinder motivieren, gemeinsam zu Fuß zur Schule zu gehen.
- Im Jahr 2005 werden Sprechstunden zu umweltbedingten Gesundheitsrisiken angeboten.
- Schulklassen können an einem Ernährungsparcours teilnehmen und sich über Elektrosmog informieren.

Die Zukunft unseren Kindern

Das bundesweite Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) geht auf eine Entscheidung der europäischen Umwelt- und Gesundheitsminister in den 90er Jahren zurück, so genannte nationale Aktionsprogramme durchzuführen. 1999 wurde



Einen Stadtplan für Kinder gibt es jetzt für Berg am Laim und Ramersdorf.

von Umweltminister Jürgen Trittin und der damaligen Gesundheitsministerin Andrea Fischer das deutsche Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit ins Leben gerufen. In vielen anderen europäischen Staaten gibt es ähnliche Aktionspläne zu Umwelt und Gesundheit. Die Kernbotschaft des APUG lautet: Umwelt und Gesundheit gehören zusammen! Umweltschutz ist nachhaltige Gesundheitsvorsorge. Seit zwei Jahren beteiligt sich auch das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft am APUG. Ein Schwerpunkt des deutschen und auch der europäischen Aktionspläne liegt auf der Verbesserung der Kommunikation über umweltbedingte Gesundheitsrisiken. Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Förderung einer gesunden Umwelt für unsere Kinder. Die diesjährige Konferenz der europäischen Umwelt- und Gesundheitsminister, die im Juni in Budapest stattfand, stand unter dem Motto „Die Zukunft unseren Kindern“. Als Ergebnis dieser Konferenz wurde u. a. ein Aktionsplan zur „Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der europäischen Region“ verabschiedet.

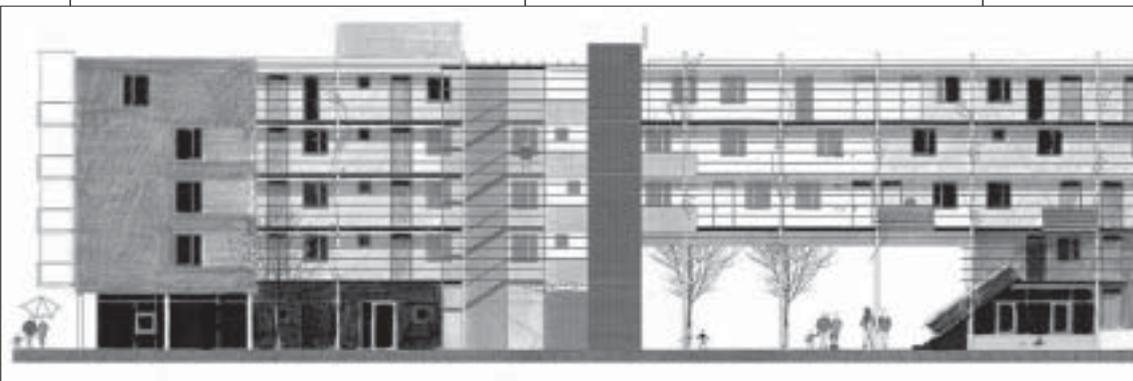
*Andrea Sontheim
Referat für Gesundheit und Umwelt
Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit*

Informationen zum bundesweiten und europäischen APUG finden Sie unter www.apug.de. Was in München läuft, was für 2005 geplant ist und welche Einrichtungen beteiligt sind, können Sie unter www.muenchen.de/apug nachlesen. Weitere Informationen:

Münchner Aktionswerkstatt Gesundheit Frau Latka-Kiel, Tel. Nr. 0 89 - 45 08 82 23
Den Kinderstadtteilplan gibt es für drei Euro im MAG's-Stadtteiltreff, Gotteszeller Str. 18a, Tel. 45 08 82 23 oder im Kinder- und Jugendtreff Zeugnerhof in der Josephsburgstr. 10, Tel. 4 31 36 42.



Kinder aus Laim und Ramersdorf melden sich zu Wort.



Genossenschaftler beziehen erste Wohnungen

Wer nicht wagt, der nicht gewinnt

Am Anfang steht die Vision: Die Vision von einem würdigen und guten Leben in allen Lebensphasen und im Einklang mit eigenen und den Bedürfnissen anderer. Die Vision von ‚für sich sein‘ und gemeinsamer Tätigkeit. Die Vision von einem achtsamen Leben in überschaubarer Nachbarschaft mit Menschen unterschiedlichster Biografien und jeden Alters. Die Vision von Wohnen und Arbeiten in einer Stadt der kurzen Wege, in der sich die verschiedensten Fähigkeiten und Talente der Bewohner/innen lebens- und stadtteilgestaltend entfalten können.

Aus einer Vision ist Wirklichkeit geworden! Aus den ersten Initiativen Anfang der 90er Jahre ist das größte selbstorganisierte und partizipative, nachhaltig orientierte Wohnprojekt Deutschlands entstanden – am Ackermannbogen in München. Die wichtigsten Meilensteine bis heute: Zusammenschluss der Projekte 1997, Option auf ein Grundstück am Ackermannbogen 1999, Gründung der Wohnbaugenossenschaft wagnis eG 2000, Beauftragung der Architekten und Projektpartner 2001, Bauantrag Dezember 2002, Baubeginn September 2003, Einzug in die ersten Wohnungen im Oktober 2004.

Erste Wohnungen bezogen

Die ersten Häuser „10Vorne“, „Ostblock“ und „Rialto“ sind bereits bezogen, der „Rigoletto“ wird im Januar 2005 bezugsfertig. Bis Anfang 2005 werden 92 Wohnungen in vier Häusern bezogen sein. In allen Häusern mischen sich frei finanzierte und geförderte Wohnungen, liegen Ge-

nossenschaftswohnungen neben Eigentumswohnungen. Der Anteil der Genossenschaftswohnungen liegt bei 72 Prozent. Alle Wohnungsinhaber/innen sind Genossenschaftsmitglieder, die Genossenschaft bildet das „Dach“ des Projektes.

Rechtsform Genossenschaft

Sie ist die Rechtsform, die Gemeinschaft am besten schützt; sie ist demokratisch angelegt, jede/r hat eine Stimme, egal wie hoch die Geschäftsanteile sind. Die Mitgliederversammlung ist das höchste Gremium.

Von 22 Mitgliedern gegründet, sind es inzwischen fast 500 Genossen und Genossinnen, die die Ziele der Genossenschaft unterstützen. Diese sind: auf Dauer bezahlbarer Wohnraum für alle, Ausnahme von Wohnraum aus der Spekulation, Partizipation schon in der Planungsphase, selbstorganisierte und selbstverwaltete Hausgemeinschaften, gemeinschaftliches und generationenübergreifendes Wohnen. Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine sozial und ökologisch verantwortbare und sichere Wohnungsversorgung.

Gemeinschaftseinrichtungen für das Quartier

Alle Haushalte sind anteilig auch an der Finanzierung der Infrastruktureinrichtungen beteiligt. Am Ackermannbogen im ersten Bauabschnitt hat wagnis die Räume für ein Nachbarschaftscafé, einen Bewohnertreff und einen Laden mit zusammen 255 m² für alle im Quartier gebaut, darüber hinaus gibt es Gästeappartements, Gemeinschaftsterrassen, Ge-

meinschaftsgärten und öffentliche und interne Plätze sowie Gewerbeeinheiten, die die wagnis GmbH betreut.

Die Häuser von wagnis im ersten Bauabschnitt am Ackermannbogen liegen mitten im Quartier. Am Quartiersplatz „Unter den Linden“ (für den Erhalt der 2. Linde sammelten wir über 400 Unterschriften) öffneten die zukünftigen Café-Betreiberinnen für einige Monate ein Baustellen-Café – sehr zur Freude aller bereits im Quartier Eingezogenen und der Bauleiter, Bauarbeiter und Gäste. Gegenüber im „Rigoletto“ liegen das Café und die Nachbarschaftsbörse, die im März 2005 eröffnet werden.

Köchin oder Koch dringend gesucht

Das Café bietet 60 Plätze innen, im Sommer sind mindestens 50 Plätze auf der Terrasse im Westen und auf dem südlich gelegenen Platz möglich. Ein Koch, eine Köchin werden noch dringend gesucht. Ein großer und säulenbestandener Durchgang mit der sich nach Westen öffnenden „Arena“ bieten sich für Freilichtveranstaltungen, Konzerte und Theater an, der Raum rund um den Quartiersplatz bis und mit dem Durchgang kann ebenfalls „bespielt“ werden.

Die Nachbarschaftsbörse am Durchgang soll Anlaufstation sein für alle möglichen Bewohneraktivitäten und -wünsche aus dem Quartier. Hier können Zusammenkünfte aller Art stattfinden, können Gruppenräume genutzt werden, steht eine Sozialpädagogin als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Wohnen und Arbeiten

Der Ansatz ist, gemeinsam und temporär Räume mit einer Gesamtfläche von ca. 110 m² nutzen zu können: als Einzel- oder Gemeinschaftsbüro, als Atelier für Architekten, als Gesundheits- bzw. Praxis-Räume (Keimzelle für unser geplantes Gesundheitshaus).

Selbstorganisation und Eigenarbeit

So ein Projekt ist nur möglich, wenn sich alle, nach unterschiedlichen Kräften und Fähigkeiten, einsetzen können, wenn es

allen wichtig ist, den Wohnraum und auch das Wohnumfeld mit zu gestalten. In Einzelgesprächen, in Planungs- und Projektgruppen, in Hausgruppen und Plenen und mit den Planern sind die gemeinsamen Beschlüsse gefasst worden, die das heute sichtbare städtebauliche und architektonische „Bild“ entscheidend mit beeinflusst haben. Eine Herausforderung war der Projektbeschluss, dass alle arbeitsfähigen Erwachsenen im Projekt 85 Stunden Eigenarbeit am Bau leisten müssen. 85 Stunden im Laufe von neun Monaten, meistens nur am Wochenende möglich. Es wurden Gewerkegruppen gebildet für Malerarbeiten, für das Montieren von Kellertrennwänden, Holzbohlen auf den Balkonen, Sockelleisten, für die Endreinigung und Außenraumarbeiten. Der Endspurt für den Rigoletto läuft augenblicklich auf Hochtouren.

Noch mehr Wohnungen

Das nächste Projekt ist bereits im Entstehen: Im nordwestlichen Teil, im Bereich des solaren Nahwärmemodells, werden augenblicklich 46 Wohnungen, ein Gästeapartment, ein Gemeinschaftsraum (66 m²) für Werkeln und Reparatur, künstlerische Aktivitäten, Ausstellungen und ein großer Gemeinschaftsbereich im Garten geplant. Der Bauantrag soll noch im Dezember 2004 gestellt werden, der Kauf des Grundstücks ist für März 2005 und der Baubeginn für April 2005 vorgesehen, der Einzug soll im Frühherbst 2006 stattfinden. Die Baugruppe besteht bisher aus 34 Haushalten, 12 Wohnungen, vor allem 2- und 3-Zimmer-Wohnungen, aber auch eine große Wohnung mit 126 m² sind noch frei.

Lehrreicher Prozess

Wer sich Zeit nimmt und durch das Quartier spaziert, wird feststellen, dass sich die Häuser von wagnis am südlichen Ende anders gruppieren als im Norden, dass sich hier trotz gleicher Bedingungen für alle Bauträger und Bauherren/innen die notwendige dichte Bebauung in der Stadt auch räumlich anders gestaltet, dass hier ein lebendiger urbaner Ort geschaffen wurde, der allen Bewohnern/innen vielfältige Möglichkeiten für ungeplante Treffen und kreative Alltagsgestaltung bietet. Jede/r im Projekt hat über die Zeit viel Energie investiert. Mitunter war der Abstimmungsprozess auch mühselig und kräftezehrend. Nicht alle Visionen konnten realisiert werden, da standen vor allem die stringenten Rahmenbedingungen und die jeweiligen Sachbearbeiterebenen davor. Aber für alle Beteiligten und Projektpartner war es ein sehr lehrreicher

Prozess und somit gewinnbringend. Wer nicht wagt und sich für die eigene und gemeinsame Sache einsetzt, gewinnt auch nicht! Es ist möglich, kraft eigenem Einsatz und vor allem gemeinsam Ideen zu verwirklichen. Das Beispiel wagnis soll Mut und Schule machen. Das Leben im Quartier am Ackermannbogen hat längst begonnen. Jetzt und augenblicklich geht es z.B. um Schulwege oder um die Frage, ob Fußgängerzonen möglich sind bzw. gewünscht werden, auch am Rosa-Aschenbrenner-Bogen. Das ist dann das nächste Kapitel.

*Elisabeth Hollerbach
Initiatorin und geschäftsführender
Vorstand der wagnis eG*

wagnis eG
Volkartstr. 2a, 80634 München
Tel.: 0 89-189 116 50
Fax: 0 89-189 116 51
E-Mail: info@wagnis.org
www.wagnis.org

5 Jahre Umweltnetz München-Ost Wertvolle Wertstoffe

Sie arbeiten mit dem, was einige aussortiert haben – und anderen zunutze wird: die Beschäftigten im Zweitbuchladen ABBA, bei Anderwerk (Gebrauchtmöbel), Dynamo (Fahrradservice), Diakonia (Tintenpatronen- und Tonerrecycling), MABL (Korkverwertung) und dem Gebrauchtwarenhaus Weißer Rabe

GmbH. Und sie haben hier eine Chance, ins Arbeitsleben (zurück) zu finden.

Zu seinem fünfjährigen Geburtstag luden die Aktiven des Umweltnetz München-Ost Ende Oktober diese Betriebe ins festlich geschmückte Ökologische Bildungszentrum an der Engelschalkinger Straße ein. Ihre Wirtschaftsweise wollten sie einem größeren Kreis vorzustellen. Rund 90 Menschen aus Umweltgruppen, städt. Referate, Bezirksausschussmitglieder, Verbände, Öko-Produzenten kamen so zusammen. Eine kleine Ausstellung „Wertvoll - Wertlos - Wertstoffbörse“ auf der Galerie des ÖBZ verdeutlichte die Arbeitsweise der Unternehmen und gab Auskunft über die Abfall-Wertstoffbörse. Stadtrat Jens Mühlhaus, in Vertretung des 3. Bürgermeisters Hep Monatzeder, würdigte in seinem Grußwort das Engagement und den Modellcharakter unserer Initiative, bei der Umwelt und Soziales im Sinne der Agenda 21 zusammengeknüpft wird. Das Licht ging lange nicht aus im ÖBZ. Es wurde diskutiert, Kontakte geknüpft, die nächste Veranstaltung besprochen, Wünsche für eine Wiederholung geäußert und neue Ideen entwickelt – immer im Sinne einer lebenswerten Zukunft.

Ulrike Krakau-Brandl

Das Umweltnetz München-Ost ist eine Arbeitsgemeinschaft ökologisch und umweltpolitisch engagierter Menschen, die in den vier Stadtbezirken des Münchner Ostens tätig ist:
Bogenhausen: Helmut Soltmann
Tel. 93 93 22 79,
Berg am Laim, Heinz Brachvogel
Tel. 43 27 64,
Trudering-Riem, Thomas Kastenmüller,
Tel. 43 65 09 11 und Ramersdorf-Perlach,
(Ulrike Krakau-Brandl, Tel. 670 56 47.



Edwin Busl mit seinem Kabarett „Lehrgut“ bei der Fünfjahresfeier des Umweltnetz München-Ost.

Foto: Martin Waldhauser



Nationenübergreifend gärtnern: In den Internationalen Gärten arbeiten und ernten Menschen aus der ganzen Welt miteinander.

Stiftung Interkultur startet Projekt in Neuhausen

MultiKultur im Garten

„Heute war ein goldener Tag“, schwärmt Miros und stellt mit einem zufriedenen Lächeln die Stühle zusammen. Seine Begeisterung gilt dem Fest, das gerade zu Ende gegangen ist. Mehr als 50 Menschen unterschiedlicher Nationalität hatten unter strahlend blauem Oktoberhimmel die Eröffnung der Münchner Gärten der Kulturen gefeiert.

Entsprechend reich war der Tisch gedeckt – eine kulinarische Reise um die Welt. „So etwas“, sagt Miros lachend, „finden Sie in keinem Restaurant“. Miros stammt aus Aserbaidschan und lebt seit einem

Jahr in einer Flüchtlingsunterkunft in München. Als er von dem Gartenprojekt hörte, das auf dem Waisenhausgelände im Münchner Stadtteil Neuhausen entstehen sollte, war er sofort begeistert. Schon früher in Aserbaidschan hatte er leidenschaftlich gern gegärtnert. Rasch wuchs die Gruppe und Gartenbegeisterte aus fast 20 Ländern, darunter Kosovo, Bosnien, Irak, Afghanistan, Türkei, Palästina, Libanon, Uigurien, Aserbaidschan und Deutschland, machten sich an die Arbeit: Sie steckten Beete ab, gruben den Boden um, säten und pflanzten. Jeder bringt Vorlieben und besondere Kenntnisse mit: Die Gärtnerinnen und Gärtner aus dem Balkan bevorzugen Mais, Tomaten und Bohnen. Auf den Beeten der türkischen Gärtner sprießen Mangold und Salat und gleich nebenan hat die togolesische Familie diverse Teesorten angebaut. Zwischen den Beeten gibt es keine Zäune. „Das hat auch symbolischen Charakter“, betont Sabine Böhlau, die Koordinatorin der Münchner Gärten, „denn dies soll ein Ort der Begegnung und Kommunikation sein“.

Vorbild für die Münchner Gärten der Kulturen sind die Internationalen Gärten in Göttingen. Hier entstand 1996 die Idee, über gemeinsame Gartenarbeit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur zusammenzubringen. Die Praxis zeigt eindrucksvoll, dass neben Gemüse und Kräutern auch Kommunikation, Kooperation und neue Perspektiven gedeihen. Dieser innovative Integrationsansatz hat den Göttinger Gärten viel Anerkennung und Aufmerksamkeit gebracht, und die große Anzahl der bundesweiten Nachfolgeprojekte zeigt, wie attraktiv und facettenreich dieses Konzept ist. Gerade wurden die

Interkulturellen Gärten in Marburg mit dem Preis „Soziale Stadt 2004“ ausgezeichnet. Der neue Göttinger Friedengarten im Stadtteil Grone hat kürzlich einen Preis für nachahmenswertes zivilgesellschaftliches Engagement vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ erhalten und im November hat der Internationale Frauengarten Kassel mit dem Projekt „Gartenbau und Landwirtschaft für Kinder“ den Hessischen Integrationspreis gewonnen. Auch die Münchner Gärten der Kulturen finden bereits viel Beachtung. Zu den Unterstützern gehört auch die Bürgerstiftung München. „Diese Gärten haben Beispielcharakter“, sagt Barbara Wolter von der Bürgerstiftung, „weil in diesem Projekt der Agenda-Gedanke nahezu perfekt verwirklicht ist“, und sie hebt die Bedeutung des Projektes für Partizipation und Eigeninitiative hervor. Wie die Göttinger Gärten ist auch der Münchner Verein Partner des mittlerweile internationalen Netzwerks Interkulturelle Gärten, das die Stiftung Interkultur aufgebaut hat. In Deutschland haben sich dem Netzwerk bereits rund 60 Interkulturelle Gärten angeschlossen.

Ingrid Reinecke
Stiftung Interkultur

Münchner Gärten der Kulturen e.V.
muenchnergaerten@yahoo.de
Gartenhandy: 0174/85 82 825
Weitere Infos:
www.Stiftung-Interkultur.de
Spendenkonto
Stadtsparkasse München
Konto: 907-112213, BLZ 701 500 00



Neue Baugruppe gesucht:

Wer will autofrei wohnen ?

Seit den 90er Jahren wird in Deutschland und Europa das Konzept „Wohnen ohne Auto“ als neuer Ansatz in der Stadtplanung diskutiert. Den Hintergrund bildeten dabei zwei heute wohl unbestrittene Prozesse: Das Auto ist in Großstädten nicht mehr das optimale Verkehrsmittel zur Sicherung der Mobilität. Und: Der motorisierte Individualverkehr führt in vielen Stadtvierteln zu einer erheblichen Reduzierung der Wohnqualität.

Autofreies Wohnen stellt eine Alternative zu diesen Prozessen dar und bietet Wohnquartiere an, in denen die Bewohner von dem mit dem autofreien Lebensstil verbundenen Vorteilen in größtmöglichem Maße profitieren können.

Wohnen selber gestalten

Auch in München wurde die Idee des autofreien Wohnens aufgegriffen und verschiedene Umwelt- und Verkehrsvereine gründeten die Initiative „Wohnen ohne Auto“. 1995 beschloss der Münchener Stadtrat, dass das Modell erstmals in der Messestadt Riem im 1. Bauabschnitt umgesetzt werden sollte. Schon bald fanden sich die ersten Interessenten zusammen, aber bis zum Einzug waren noch einige Hindernisse zu überwinden. Im Sommer 1999 war es dann soweit und die 14 Familien der Baugruppe „Autofrei Wohnen1“ konnten ihre selbst geplanten und individuell ausgestatteten Wohnungen beziehen. Einige Monate später waren auch die 28 Wohneinheiten der Genossenschaft

WOGENO fertiggestellt und bezogen. Beide Projekte erhielten viel Anerkennung und wurden z. B. für ihre kinderfreundliche Wohnumfeldgestaltung ausgezeichnet.

50 autofreie Wohnungen

Nach vielen Verzögerungen konnte in diesem Sommer nun auch das dritte autofreie Wohnprojekt Richtfest feiern und die zehn Familien der Baugruppe „Autofrei Wohnen2“ freuen sich auf ihren baldigen Einzug. Insgesamt sind damit in der Messestadt Riem im ersten Bauabschnitt gut 50 Wohnungen nach dem Modell „Wohnen ohne Auto“ entstanden, die zeigen, wie gut autofreies Wohnen funktioniert. Im zweiten Bauabschnitt will die Genossenschaft Frauen-Wohnen e.G. im nächsten Jahr mit dem Bau von rund 50 weiteren Wohneinheiten beginnen und die Möglichkeit der Stellplatzreduzierung nutzen.

Problem Stellplätze

Trotz der Erfolge in Riem konnte sich das Modell „Wohnen ohne Auto“ in anderen Münchner Neubaugebieten noch nicht durchsetzen. So haben die Wohnprojekte am Ackermannbogen im ersten Bauabschnitt leider keine Stellplatzreduzierung genehmigt bekommen; jedoch konnte die Wohnbaugenossenschaft wagnis e.G. eine befristete Aussetzung für die Fertigstellung eines Teils der Stellplätze erreichen.

Neue Baugruppe geplant

Besonders gut für autofreies Wohnen geeignet erscheint das Planungsgebiet Hauptbahnhof-Laim-Pasing. Da für einige Teilbereiche mittlerweile Bebauungsplanentwürfe vorliegen, möchte die Initiative „Wohnen ohne Auto“ die Gründung einer neuen Baugruppe anregen, die hier ein konkretes Projekt



Die WOGENO-Häuser der ersten Baugruppe von Wohnen ohne Auto in Riem.

verwirklichen will. Einige Interessenten haben sich bereits gemeldet, weitere Mitmacher werden noch gesucht. In nächster Zeit ist dazu auch ein Abend geplant, bei dem es genauere Informationen und die Möglichkeit zu einem ersten Kennenlernen geben soll. Bei genügend großem Interesse will sich die Initiative auch bei einem neuen Bauvorhaben an der Welfenstraße in Haidhausen für autofreies Wohnen einsetzen.

Broschüre Gesetzesvorgaben

Da die gesetzlichen Rahmenbedingungen ganz entscheidend die Chancen für weitere autofreie Projekte bestimmen, ist die geplante Novellierung der bayerischen Bauordnung von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des autofreien Wohnens. Deshalb hat sich „Wohnen ohne Auto“ in den letzten Monaten intensiv mit dieser Thematik beschäftigt und Experten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft zu zwei Fachdiskussionen eingeladen. Die Ergebnisse liegen demnächst als Broschüren vor und werden an Interessierte gerne abgegeben.

Maria Ernst
Wohnen ohne Auto

Broschürenanforderung und weitere Informationen bei:
Wohnen ohne Auto c/o VCD
Jägerwirtstr. 3, 81373 München
Tel.: 089-201 18 98, Fax: 089- 201 53 13
E-Mail: kontakt@wohnen-ohne-auto.de
www.wohnen-ohne-auto.de



Gute Energie und Gutes Essen

Agenda-Gruppe Hadern ist auf vielen Feldern nachhaltig aktiv

Wenn der Arbeitskreis Energie der lokalen Agenda 21-Gruppe Hadern eine neue Solaranlage einweiht, geht es nicht nur um umwelt- und menschenfreundliche Energie: Auch der Imbiss ist im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaft erzeugt.

So gab es beim Einspeisefest für die dritte Haderner Solaranlage natürlich auch nur Bio-Food. Statt der Festreden geladener Prominenter hatten wir ein Schaukochen mit Prominenten vorbereitet: Während die Gäste auf dem Podium Gemüse und Fleisch für die „Solaruppe“ vorbereiteten, interviewte sie Frau Trübenbacher vom Bayerischen Rundfunk zu den Themen „gutes Essen“ und „gute Energie“.

Hadern isst gut

Denn die Agenda-Gruppe will als Qualitätsmerkmal für Lebensmittel „ökologisch erzeugt, fair und regional gehandelt“ im Bewusstsein der Leute verankern. Auch beim Drachenfest am 8. Oktober in Hadern gab es daher einen Bauernmarkt, für Kinder einen diesbezüglichen Themenparcours und für alle nur ökologische Getränke. Die Haderner Agenda-Gruppe erreichte das in Zusammenarbeit mit dem Verein Kultur in Hadern, dem Augustinum und einer Hauptschule. Das Agenda-Büro unterstützt „Hadern isst gut“.

Von der Agendagruppe zum Dienstleister für Solaranlagen in Bürgerbeteiligung

Die Aktiven aus dem Münchner Süd-Westen waren auch die ersten, die einen ausgewogenen Vertrag verhandelten, in welchem die Stadt ein Dach für eine Bürgersolaranlage zur Verfügung stellte. Der Einspeisevertrag mit dem Netzbetreiber musste deshalb neugestaltet werden. Die Stadtwerke München haben nun für alle Münchner PV-Stromerzeuger einen guten Vertrag und können darauf verweisen, dass er mit einer Bürgerinitiative einvernehmlich formuliert wurde. Schließlich ist es gelungen, die Voraussetzungen für die Aufnahme von Krediten zu klären. Durch zinsgünstige Kredite entsteht ein wirksamer Hebel, so dass mit gleichem Kapital größere Anlagen verwirklicht werden. Das Resultat: An den mittlerweile acht Bürgersolaranlagen nach dem Haderner Modell beteiligten sich ungefähr 200 Bürgerinnen und Bürger mit ca. 1,5 Mio. Euro. Dabei erreicht das Modell, das eine Mindestbeteiligung mit einem Anteil von 1500 Euro erlaubt, die Kleinanleger. Etwa die Hälfte der Beteiligten sind mit einem oder zwei Anteilen dabei.

Modellvertrag für Bürgerbeteiligungsanlage

Die Frage nach einer passenden Organisationsform hat den Arbeitskreis lange beschäftigt: Mit den Beteiligten an einer Anlage wird eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) gegründet. Diese GbR übernimmt die Rolle der Geldgeber, beauftragt einen Verein mit dem Bau und Betrieb der Anlage und übernimmt alle daraus entstehenden Kosten. Damit wird die Haftpflicht aus dem Betrieb der Anlage vom Ver-



Schaukochen beim Einspeisefest: Frau Klotz (Verein Energie Hadern), Stadträtin Frau von Walter (ÖDP), Landtagsabgeordneter Wörmer (SPD), Stadtrat und BA-Vorsitzender Stadler (CSU), die Ökobäuerin Frau Butz und die Rektorin der Schule am Hedernfeld, Frau Strehle, werden interviewt.

ein getragen und die Gesellschafter haben nur das unternehmerische Risiko wechselnder Erträge. Dieses Modell steht allen Initiativen zur Verfügung, die damit ihre Bürgerbeteiligungsanlagen organisieren wollen. Die Landeshauptstadt München hat die Haderner Gruppe mit dem Umweltpreis 2003 ausgezeichnet, um ihre vielfältige Pionierarbeit und die engagierte Weitergabe ihres Wissens zu würdigen.

Breitenwirkung

Für alle Gruppen, die ihre Anlage in Bürgerbeteiligung bauen wollen, ist der Weg damit leichter geworden. Der „Solarpark Hadern“ bietet sogar ein Paket abgestufter Dienstleistung an: Die örtliche Initiative beauftragt sie mit der umfassenden Projektleitung inklusive Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung der GbR. Dieses Angebot wird vorwiegend von Gruppen aus dem Münchner Umland angenommen. So sind etwa zwei Drittel der Bürgersolaranlagen nach dem Haderner Modell außerhalb der Stadt entstanden. Dieser Anteil wird noch größer werden, wenn die Dächer der Stadt nach dem Willen des Referats für Gesundheit und Umwelt und des Stadtrates nach einer europaweiten Ausschreibung mit anschließender Verlosung künftig überwiegend an Investoren vergeben werden, die nicht in München leben. Die Leute vom Solarpark Hadern fordern deshalb, die städtischen Dächer in erster Linie Münchner Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung zu stellen.

Eugen Kuntze, Arbeitsgruppe Energie, Agenda21Hadern

Infos und Kontakt:
Wolfgang Bauer
Tel.: 089-74 00 99 77
Fax: 089- 70 00 90 18
E-Mail: solarpark-hadern@t-online.de
www.solarpark-muenchen.de

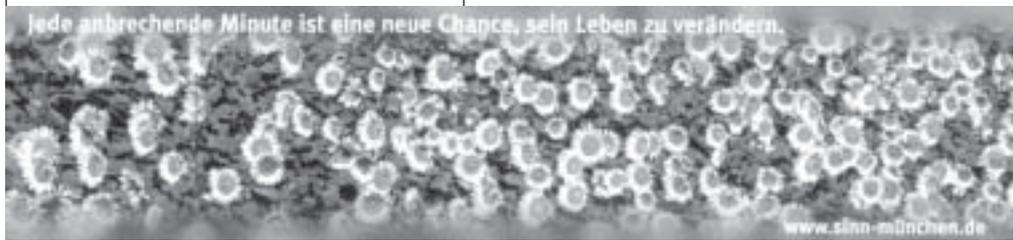


Die dritte Bürgerbeteiligungsanlage des Solarpark Hadern auf der Schule am Hedernfeld hat 44 kWp Leistung.

Nachbarschaftstreff eröffnet

Seit September ist das von der Landeshauptstadt München geförderte Stadtteil-Projekt ‚Na klar! Nachbarschaft Kleinhadern‘ vor Ort tätig. Motto: „für mich – für uns – für alle“. Die konzept: grün GmbH als neuer Träger verfolgt gegenüber der bisherigen Gemeinwesenarbeit einen neuen Ansatz. „Es sollen nicht wie bisher sozialpädagogische Betreuungsleistungen im Vordergrund stehen“, betont konzept: grün-Geschäftsführer Sven Siebert, „sondern vielmehr Hilfe zur Selbsthilfe angeboten werden.“ Mit Hilfe professionell organisierter Bewohnerbeteiligung sollen Eigeninitiative und Engagement der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden, so dass sie selbst zu Akteuren einer funktionierenden Nachbarschaft werden. Dies soll durch den gewählten Projektnamen „Na klar! – Nachbarschaft Kleinhadern“ von Anfang an nach außen vermittelt werden, wünscht sich das Na klar!-Team. Zusammen mit der Sozialpädagogin Angela Finzl will Siebert versuchen, die geäußerten Interessen der Bewohner mit diesen umzusetzen und so das Viertel zu beleben. Zu diesem Zweck gibt es in der Ludlstr. 27 einen offenen Nachbarschaftstreff, in dem die Bewohner sich zwanglos zum Ratschen, Kochen, Basteln und Feiern treffen können. Erste spezielle Gruppenangebote für Mädchen und Buben sind in Vorbereitung. Es gibt auch schon erste Sponsoren von ‚Na klar!‘. Es sind dies das gepa FairHandelshaus und STATTAUTO München.

Na klar! Nachbarschaft Kleinhadern
Ludlstr. 27, 80689 München
Tel.: 089-54 63 87 –76, Fax: -78
Na klar!-Mobil: 0179/380 54 75
E-Mail: na-klar.kleinhadern@web.de
Öffnungszeiten:
Mo 9 bis 12 Uhr, Di, Mi, Do 13 bis 17 Uhr
und nach Vereinbarung
Träger: konzept: grün GmbH
Postfach 60 05 42
81205 München
Tel.: 089-26 214 264
Fax: 089-244 364 784
dialog@konzept-gruen.de



Lesezeichen der SINN-Initiative: Jede anbrechende Minute ist eine neue Chance, sein Leben zu verändern.

Neues Vernetzungsportal der Bürgerstiftung Sinn für Senioren

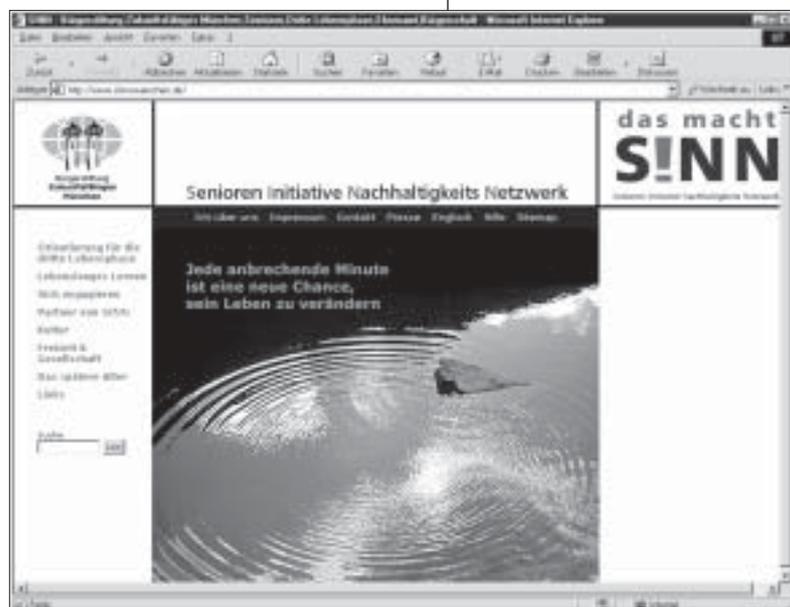
„Der eventuellen großen Leere nach einem erfüllten Arbeitsleben etwas entgegensetzen – aber womöglich sie gar nicht erst entstehen zu lassen“, so beschreibt Silke Wolf von der HypoVereinsbank das Motiv ihres Unternehmens, sich an dem neuen Projekt der Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München zu beteiligen.

Schon vorher nämlich will man den Mitarbeitern, die in den Ruhe- oder Vorruhestand gehen oder geschickt werden, Alternativen zur Erwerbsarbeit anbieten. Denn die Fähigkeiten und Kenntnisse vieler Ruheständler sind wertvoll und können der Gemeinschaft sehr nützlich sein. Aber auch zum Nutzen der Aktiven ist es, sich zu engagieren: „Aktive Menschen sind länger fit und gesund“, erklärt Prof. Keupp die Ergebnisse des letzten Freiwilligensurveys, der bürgerschaftliches Engagement untersucht. „Immer mehr ältere Menschen setzen sich ehrenamtlich ein und ihr Hauptmotiv ist ‚Spaß haben‘“.

Ein gutes Beispiel dafür ist Klaus Kreuzer: Der Stiftungsratsvorsitzende der Bürgerstiftung hat – auch aus eigener Betroffenheit – die neue Initiative auf den Weg gebracht. Mittels eines Internetportals und vor allem großen Unternehmen als Partnern, sollen Senioren dazu angeregt werden, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Auf der Internetseite finden sich vielfältige Ideen und Adressen für verschiedene Interessensgebiete. „Auf die Idee gekommen bin ich vor mehr als zwei Jahren bei einem Seminar in der Bayerischen Akademie für Naturschutz“, erzählt Kreuzer, der dort einen Workshop hielt. „Wir wollen eine Hilfsplattform für Senioren sein, die sich engagieren wollen.“

Andrea Reiche

Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München-Klenzestr. 37 Rgb.,
Tel.: 089 - 202 38 111
Fax: 089-202 38 113
info@bszm.de
www.sinn-muenchen.de



Eine Hotline Freitag nachmittags beantwortet Fragen, die sich bei der Lektüre der Homepage ergeben.

4. Münchner Nachhaltigkeitsforum

„Nachhaltig sozial – ein Konzept für wirtschaftliche Krisenzeiten?“

Wohin entwickeln sich unsere Sozialsysteme in Zeiten von Unternehmenskrisen und knappen öffentlichen Kassen? Und welche Qualitäten können gefragt sein, um Auswege aus der Krise zu zeigen?

Diesen Fragen stellte sich das vierte Münchner Nachhaltigkeitsforum, das mit rund 150 interessierten Besuchern am 12. November im Giesinger Anton-Fingerle-Zentrum stattfand. Weil der Saal des Ökologischen Bildungszentrums beim letzten Forum aus allen Nähten platzte, wick man hierhin aus. Uschi Haag vom Referat für Umwelt und Gesundheit eröffnete die Veranstaltung, die von Winfried Eckhardt, dem ehemaligen Geschäftsführer des Ökologischen Bildungszentrums und jetzigen Leiter des Stadtbereichs Ost der Münchner Volkshochschule moderiert wurde.

Die andere Standortdebatte

Prof. Dr. Eva Lang vom Institut für ökologische Ökonomie an der Bundeswehr-Universität Neubiberg näherte sich dem Thema mit der Eröffnung der „anderen Standortdebatte: Nachhaltige Entwicklung als Voraussetzung zur Sicherung des Lebensstandorts D“, so der Titel ihres Vortrags. Dabei nennt sie die eine Debatte diejenige, bei der es um Deutschland als Wirtschaftsstandort geht: Wie stark ist der Wirtschaftsstandort bedroht, gefährdet? Wie kann er besser für den Wettbewerb gerüstet werden? Wie kann der Arbeitsmarkt flexibler werden? Was tun mit immobilen Arbeitnehmern? Diese einseitige Sicht ist aber nach Lang die Haltung der traditionellen Ökonomie, in der das Wesentliche ausgeblendet wird. So plädiert sie für eine Standortdebatte, die versucht, das Ganze in den Blick zu nehmen, d.h. auch Fragen um die sozialen, natürlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen um den Standort Deutschland. Damit das gelingt, muss allen Dimensionen gleichzeitig Rechnung getragen werden. Denn die Ökonomie lebt von Werten, die sie selbst nicht schaffen kann: vom Wert „Natur“ als Quelle für Ökonomie und vom Wert

„Mensch“ als „Humanpotenzial“, was in der Nachhaltigkeitsdebatte bisher wenig thematisiert worden ist. Dass der Wert „Mensch“ als Lebensfaktor zu wenig im Blick der Volks- und Betriebswirte ist, könnte in wenigen Jahrzehnten zu einem großen Problem werden, denn die demografische Entwicklung zeigt, dass die Bevölkerung exponentiell schrumpft.

Gegenkultur schaffen

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach vom Frankfurter Oswald-von-Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik stellte in seinem Vortrag fest, dass die Wirkungen und Nebenfolgen gesellschaftlichen Handelns auf Dauer und von allen bejaht werden müssen. Den gesellschaftlichen Umbrüchen, die durch Globalisierung, demografische Veränderung und technische Umwälzungen entstehen, sollte vor allem mit einer besseren Steuerung der Finanzmärkte und der Stärkung der Binnenmärkte entgegen gewirkt werden. Dienstleistungen, personennahe Dienste und die Arbeit am Menschen sind hier besonders gefragt. Durch Harz I-IV würden diese jedoch mit Druck, Nötigung und Dequalifizierung in einer Abwärtsspirale zur Verarmung führen.



Prof. Lang, Winfried Eckhardt und Prof. Hengsbach auf dem Podium.

Monetäre Alphabetisierung

Hengsbach plädierte für eine Reduzierung der männlichen zugunsten der weiblichen Erwerbsarbeit und insbesondere mehr Aufklärung im Bereich der Verteilung finanzieller Ressourcen. Demokratische Solidarität bedeute, dass alle Personen im Geltungsbereich der Verfassung einbezogen seien und alle Einkommen beitragspflichtig werden müssen. Die gesellschaftliche Verantwortung, die Unternehmen von ihren Mitarbeitern fordern wie Selbstkompetenz, Zivilcourage und Beteiligung, muss auch für die Zivilgesellschaft gelten. Hengsbachs Vortrag wurde im Plenum angeregt diskutiert. Martin Ehrlinger, Geschäftsführer des Münchner Umweltzentrums, fasste diese zum Schluss zusammen und wies auf Handlungsfelder hin.

Angelika Bachmann,
Andrea Reiche

2. Münchner Nachhaltigkeitskonferenz

Arbeiten mit der Umwelt

6000 Arbeitsplätze – das ist die unterste Schätzung – gibt es in der Region München im Bereich der Umwelt:

Hauptsächlich mit Dienstleistungen wie Entsorgung und Recycling sind die in der Umweltwirtschaft Tätigen beschäftigt – daneben gibt es eine wachsende Zahl von Betrieben, die an der Entwicklung von Photovoltaik-, Biogas- und Geothermie-

Anlagen aber auch der Brennstoffzellentechnologie arbeiten. Das zeigt eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München (ifo), die vom Referat für Arbeit und Wirtschaft der Stadt München in Auftrag gegeben wurde. Im Rahmen der zweiten Nachhaltigkeitskonferenz der Stadt am 25. November im Rathaus wurde sie vorgestellt.

Foto: Ramón Arndt

Sozialforum München gegründet

Eine bessere Welt möglich machen

850 Millionen Umsatz für die regionale Umweltwirtschaft errechnete Dr. Johann Wackerbauer vom ifo-Institut und wies darauf hin, dass von mehr auszugehen sei, da 230 Betriebe mit geschätzten 1000 Mitarbeitern nicht geantwortet hätten. Den positiven Trend in Richtung Wachstum bestätigte aus überregionaler Sicht Dr. Dietmar Edler vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, insgesamt zähle die Umweltwirtschaft in Deutschland 1,4 Millionen Beschäftigte.

Münchener Leitprojekte

Umwelt- und Gesundheitsreferent Joachim Lorenz benannte einige münchener Leitprojekte wie die weltweit größte Lärmschutzwand aus Solarmodulen an der Autobahn 92 bei Freising und die Geothermieanlage in Unterhaching. Die Stadt selbst geht hier in der ökologischen Landwirtschaft mit den eigenen Gütern und den Bestimmungen im Trinkwassereinzugsgebiet beispielhaft voran und fördert mit Umweltpreisen und Projekten wie Ökoprotit nachhaltige Aktivitäten. Was für die Unternehmen aber am Standort München vor allem interessant ist, ist die Nähe zu Geschäftspartnern und Kunden, die Qualifikation der Mitarbeiter und der hohe Wohn- und Freizeitwert, stellten zwei Unternehmensvertreter auf der Podiumsdiskussion fest.

Netzwerk Umweltwirtschaft nötig

Was die Stadt tun soll, um diesen Trend zu befördern, fragte der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dr. Reinhard Wiczorek die Experten. „Mehr Marketing, Aktivitäten, die den Absatz der in der Region hergestellten Produkte fördern und Mithilfe am Ausbau eines Netzwerks für die Firmen aus der Umweltwirtschaft“, schlug Wackerbauer vor: „An die 20 Unternehmen wären bereit, sich an den Kosten eines solchen Netzwerkes zu beteiligen“, berichtete er. Dr. Ammann von der Industrie- und Handelskammer wies auf das Internetportal www.umfis.de für interessierte Firmen und Beschäftigte hin.

Andrea Reiche

Die Präsentationen zur Studie „Umweltwirtschaft in der Region München“ sind auf der Internetseite www.muenchen.de/Rathaus/raw/aktuell/106303/03_nachhaltigkeit_termin.html abrufbar.

Weitere Informationen bei Frau Olbrich: christa.olbrich@muenchen.de

München sozial und solidarisch – das ist das gemeinsame Motto von rund 60 Münchner Gruppen. Um sich gegenseitig und nach außen besser verständlich zu machen, haben sie das Sozialforum München gegründet: Am Vorabend des Internationalen Tages gegen Armut und Ausgrenzung, dem 17. Oktober und zeitgleich mit dem 3. Europäischen Sozialforum in London.

In fast 40 Veranstaltungen haben wir seit dem Streetlife-Festival Anfang September Argumente zu den zentralen Fragestellungen der Agenda-Bewegung, der internationalen sozialen Gerechtigkeit, zu Frieden und Ökologie gesammelt und diskutiert. Das Programm kann man auf unserer homepage nachlesen: www.m-sf.de. Dort kann man sich auch für den newsletter eintragen, der von vielen Gruppen genutzt wird, um zu ihren Veranstaltungen einzuladen. In der internationalen Sozialforumsbewegung verbinden sich all diejenigen Bürgergruppen, Nichtregierungsorganisationen und Sozialen Bewegungen, die überzeugt sind „Eine andere Welt ist möglich!“ – und nötig! Wir wollen eine Welt, die nicht vom Profitdenken regiert wird!

Sozialforum 2005 in Erfurt

Jetzt geht es weiter mit in der Regel monatlichen Plena (fast immer am zweiten Montag im Monat), bei denen wir unsere Beteiligung an den vielen internationalen Aktionstagen, die die Versammlung der Sozialen Bewegungen beim Europäischen Sozialforum vorgeschlagen hat, vorbereiten wollen, ebenso unseren Beitrag zum ersten Sozialforum in Deutschland, das im Juli in Erfurt stattfinden soll. Manche Punkte werden uns von außen auf die Agenda gesetzt, so etwa der nötige Protest gegen Sozialabbau und Hartz IV.

Vorbild Porto Alegre

Ein Sozialforum ist eine große Versammlung an einem verlängerten Wochenende

mit bisher bis zu 100 000 Teilnehmern. Die größten Sozialforen fanden seit 2001 in Porto Alegre in Brasilien statt. Sie wurden konzipiert als Gegenbewegung zum jährlichen World Economic Forum in Davos, wo sich jeweils Ende Januar/ Anfang Februar das große Geld trifft. Dagegen steht im Sozialforum in Brasilien die Landlosenbewegung, in der Christen und Marxisten mit den Ärmsten der Armen zusammenarbeiten, ebenso in der Mitte wie Gewerkschaften, Frauen- und Ökologiegruppen und Bewegungen der Basisgesundheitsvorsorge. Porto Alegre ist so groß wie München und von der UNO zur Hauptstadt der Demokratie ernannt worden, weil dort die Bürger über den Investitionsanteil im städtischen Haushalt entscheiden.

Internationale Zusammenarbeit

Die Probleme in unserer globalisierten Welt hängen alle miteinander zusammen, also müssen auch wir international zusammenarbeiten. Daher wurden für die kommenden Monate internationale Aktionstage und -wochen vorgeschlagen: gegen die Mauer in Israel/Palästina, gegen die NATO-Tagung in Nizza und die Sicherheitskonferenz in München im Februar, für die Rechte der Frauen am 8. März, für eine europaweite Demonstration am 19. März (dem Vortag des Kriegsbeginns gegen den Irak) nach Brüssel; der 2. April als Tag gegen Rassismus und die „Festung Europa“. Im Bereich Umwelt liegt 2005 der Schwerpunkt auf Klima und zukunftsfähiger bäuerlicher Landwirtschaft ohne gentechnisch veränderte Organismen. Dabei sind Sozialforen die Plattformen, auf denen die eigenständigen Gruppen und Bewegungen Aktionen verabreden können, die Sozialforen selbst rufen nicht auf. Neue Gruppen sind jederzeit herzlich willkommen!

Luise Rauschmayer

Informationen über die Veranstaltungen der Gruppen des Sozialforums finden Sie im Internet unter: www.m-sf.de, E-Mail: info@m-sf.de

Ist München „Eine Welt kompatibel“ ?

München hat eine aktive „Eine Welt Szene“ – die Stadt unterstützt deren entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und macht auch über das Kulturreferat eigene Veranstaltungen im Nord-Süd-Bereich.

Eine wichtige Säule hier ist der Nord-Süd-Forum München e.V. als „Dach“ für die an einer Kooperation interessierten Gruppen und Vereine im Bereich der „Eine-Welt-Arbeit“. Wichtig ist ebenfalls die „Agenda 21-Koordination Eine Welt“, deren Aufgabe es ist, dass die Stadt München ihre „Hausaufgaben“ macht und zu einer menschenwürdigeren Gesellschaft in Nord und Süd einen konkreten Beitrag leistet. Natürlich sind alle anderen, wir schätzen über 500 Gruppen, Arbeitskreise, Organisationen – das EineWeltHaus, Solidaritätsgruppen und Ländergruppen in Kirchengemeinden, Eine-Welt-Läden, schulische Arbeitskreise und Projekt-Unterstützergruppen, Parteien u.a. ebenfalls sehr wichtig für das Anliegen, über den eigenen Tellerrand zu schauen.

Von München soll kein Schaden ausgehen:

Dieses Motto gilt als Leitmotiv für viele der Gruppen, das bedeutet, daran mitzuarbeiten, dass die Welt ein Stück gerechter wird. In den Nachhaltigkeitszielen des Münchner Stadtrats vom Juli 2003 heißt das erste Ziel: 'Global denken – lokal handeln'. Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in München berücksichtigen hier bei ihren Aktivitäten auch die Grundbedürfnisse und Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen in anderen Regionen weltweit. Das alles ist gut und richtig. Aber die Frage ist offen: Was wird schon umgesetzt, was ist noch von wem zu tun? Da war es naheliegend, wichtige Aspekte aus dem breiten Spektrum „München und die Eine Welt“ näher anzuschauen und zu bilanzieren.

Ziel dieser Eine Welt Bilanz für München ist:

- beispielhaft darstellen, ob und wie München „Eine-Welt-kompatibel“ ist,
- gute Beispiele vorstellen, als Anregung für ein privates und gesellschaftliches

Verhalten in Sachen „eine gerechtere Entwicklung in Nord und Süd“,

- Defizite in der Umsetzung des Mottos „von München soll kein Schaden ausgehen“ aufzeigen wie auch entsprechende Anregungen zur Verminderung dieses Schadens,
- unsere Verwobenheit in der aktuellen globalisierten Welt soll gezeigt
- und verdeutlicht werden, dass bei uns Struktur- und Verhaltensänderungen nötig sind, um eine nachhaltige Entwicklung weltweit zu ermöglichen.

Mit der Erstellung der Eine-Welt-Bilanz wurde EarthLink München e.V. beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Nord Süd Forum München e.V., der Träger dieses Projekts ist. Wichtig war uns, dass es keine komplizierte und nur Fachkreisen zugängliche Bilanzierung wird, sondern dass sie beispielhaft und allgemein verständlich ist. Einige „Eckpunkte“ aus dieser Bilanz sind:

- Wenn man die Haushaltsausgaben für den Bereich „Eine Welt“ vom Freistaat Bayern und der Landeshauptstadt München vergleicht, wer steht prozentual besser da?
- Auf der Basis von über 500 ausgefüllten Fragebogen wurde nach dem Bekanntheitsgrad und Beispielen aus der Eine-Welt-Arbeit gefragt. Was meinen Münchner zu diesem Feld des Politisch-Aktiv-Seins?
- Wie viel Fläche, Wasser etc. verbrauchen „wir in München“ jährlich dafür, dass wir aus südlichen Ländern Produkte wie Kaffee, Orangensaft etc. billig beziehen?
- Wie groß müsste in allen Münchner Vorgärten das Loch sein, das gegraben werden müsste, um die Menge an Mineralien herauszuholen, um nur einen einzigen Goldring zu produzieren?
- Wie läuft das mit unseren Altkleidern, was tut sich da in München an positiven Ansätzen?
- Wie wird der Stadtratsbeschluss „München kauft keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit“ umgesetzt?
- Was bewirken wir mit unkritischem Konsum – speziell unter der aktuellen „Schnäppchen-Mentalität“, z.B. wenn wir uns darüber freuen, Shrimps oder Blumen

Fairschenken

Sie doch diesen wunderschönen Kalender – der nur ein Beispiel dafür ist, welche Möglichkeiten es gibt, sich in München als „EineWelt-kompatibel“ zu qualifizieren. Denn neben diesem Kalender gibt es viele weitere fair gehandelte Produkte in mittlerweile vielen Münchner Läden mit

dem Transfair-Siegel. Der Kalender (58 cm x 40 cm quer) ist für 16,95 Euro zuzüglich Versandkosten von 4 Euro (innerhalb Deutschlands) bei Fairtrade Media unter info@fairtrade-media.de oder Fax 0228-9 65 78 71 erhältlich. Postalisch ist der Kalender bei Fairtrade Media, Adolfstraße 73, 53111 Bonn zu erhalten. Weitere Infos unter www.fairtrade-media.de.



so billig wie möglich einzukaufen?

- Welche Alternativen gibt es?

Es gibt viele Dinge in dieser Bilanz zu entdecken, die versucht, ohne den moralischen Zeigefinger auszukommen. Natürlich müssen die Dinge beim Namen genannt werden. Die Bilanz gibt Kenntnisse und Erkenntnisse

- für diejenigen, die genauer sehen wollen, was sich in Sachen „Eine-Welt“ in München tut,
- für diejenigen, die theoretisch genau reflektieren wie die derzeit vorherrschende neoliberale Politik kriegstreibend, frauenunterdrückend und umweltzerstörend ist, aber in ihrem eigenen Einkaufsverhalten unkritisch sind und somit deutlich zur Ausbeutung der Produzenten im Süden beitragen,
- für diejenigen, die neben der eigenen privaten Verantwortung Informationen darüber bekommen wollen, wie wichtig Verhaltens- und Strukturänderungen hier sind,
- für diejenigen, die in ihrem Arbeitsfeld „Umwelt und nachhaltige Entwicklung“ den „Süd-Blick“ schärfen wollen,
- für diejenigen, die interessantes Material für ihre Bildungsarbeit suchen und
- für alle, die sich kundig machen wollen, wie wir hier konkret auch in München durch unsere Art und Weise zu produzieren, einzukaufen, durch den Verbrauch an Rohstoffen ebenso wie durch unser Engagement mitwirken an einer positiven oder negativen Entwicklung unserer Welt.

Heinz Schulze
Vorstand Nord Süd Forum

Die „Eine Welt Bilanz für München“, Broschüre mit insgesamt 60 Seiten, Infos und Fotos, bekommen Sie im Nord-Süd-Forum München, Schwanthalerstr. 80, Eine Welt Haus, 2. Stock. Über Spenden freuen wir uns. Bestellen können Sie sie per E-Mail bei:

agendaeineWelt.rgu@muenchen.de,
Tel.: 23347561. Bitte genauen Namen und Versandadresse auch auf Anrufbeantworter angeben oder per Post (bitte Rückporto beilegen) an:

Agenda Eine Welt, c/o RGU
Bayerstraße 28 a, 80335 München.

Europäische Leitlinien zur Gestaltung Nachhaltiger Stadtpolitik

In der reizenden kleinen Stadt Fano an der italienischen Adria organisierte ICLEI am 4. und 5. November 2004 eine Konferenz mit zahlreichen Vertretern europäischer Städte zum Thema Nachhaltige Stadtpolitik.

Die Teilnehmer kamen aus vielen europäischen Städten, von Finnland bis Bulgarien, diskutierten und verabschiedeten zehn Leitlinien zur Gestaltung einer nachhaltigen Stadtpolitik. Diese Leitlinien spiegeln die Erfahrungen und Einschätzungen verschiedenster Interviewpartner aus 40 Städten in Europa wieder, die im Rahmen des „DISCUS“-Projektes von ICLEI zum Thema befragt worden waren. Auch München nahm an der Untersuchung teil und das Agenda 21-Büro konnte auf der Konferenz seine Erfahrungen zum Thema „Kreativität und Innovation bei der Politikgestaltung“ einbringen (siehe www.muenchen.de/agenda21). Hauptfragestellung der DISCUS-Untersuchung war: Was sind die wesentlichen

Erfolgsfaktoren einer nachhaltigen Politikgestaltung? Aus den Ergebnissen wurden zehn Leitlinien verfasst, die Aussagen zu Herangehensweisen, Haltungen und Methoden enthalten und einen neuen Politikstil empfehlen. Wesentliche Aussagen werden gemacht zu: Bildung von Netzwerken, Einbeziehung von Persönlichkeiten, Kommunikation, Selbstverpflichtung, neue Wege und Methoden, Lernbereitschaft und Dialog mit und auf allen politischen Ebenen.

Die Leitlinien liegen bisher in englischer Sprache vor, werden aber noch ins Deutsche übersetzt und sind unter www.governingsustainablecities.org zu finden.

Der Abschlussbericht zum DISCUS-Projekt ist jetzt auch als Buch erschienen: „Governance Sustainable Cities“. (Evans et al., Earthscan, London, 2004, ISBN 1-84407-169-3).

Angelika Lintzmeyer
Agenda 21-Büro, RGU

münchenPolis Neuer ThinkTank für München

Inventur machen in München: Das haben sich rund 20 Studenten, Wissenschaftler und Kulturschaffende vorgenommen.

Ihr Büro ist das Internet – eine e-Group auf Yahoo. „Wir sind offen für jeden, der sich angesprochen fühlt“, sagt der 29-jährige Geschäftsführer einer PR-Agentur, Max Zeidler. Er hat sich bei einem Praktikum berlinpolis.de angesehen und im Sommer 2003 dann mit anderen münchenPolis gegründet. münchenPolis versteht sich als parteiunabhängiger politischer Denk-Tank und Netzwerk. Ziele sind:

1. Höhere Qualität und eine bessere Gesprächskultur in die politische Debatte zu bringen.
2. Praxisnahe aber parteiunabhängige politische Beschäftigung.
3. Mit den Ideen junger Menschen auf konkrete politische Veränderungen für nachkommende Generationen hinzuwirken.

Hauptprojekt ist momentan „inventur 2004“, die Veranstaltung von politischen Streitgesprächen zu den wichtigsten langfristigen Themen unserer Zeit, die letzte Veranstaltung „SOLIDARITÄT 2010 - was

ist das eigentlich?“ mit der Staatsministerin für Soziales in Bayern, Christa Stewens und Prof. Radermacher, Stiftung Weltvertrag, fand am 8. Dezember statt.

Publikationen angedacht

Vorbereitet wird gerade eine Dokumentation der Streitgesprächsreihe „inventur 2004“ mit den 2004 ‘angestrittenen’ Themen „Partei“, „Engagement & Moral“, „EU-Osterweiterung“, „Rente“, „Familie“ und „Solidarität“. Sie soll Mitte 2005 erscheinen.

2005 sind drei weitere Streitgespräche geplant sowie ein anderes, größeres Aktionsformat, z.B. ein Workshop oder eine Konferenz „Angedachte Themen“ sagt Zeidler „sind ‘München - Kuhdorf oder Metropole’, ‘EU’ und ‘Zukunft Sozialsystem’ – wir hoffen aber auch auf neue Vorschläge von Mitwirkenden im Brainstorming.“ Wer sich hier einmischen will, ist herzlich eingeladen, mitzumachen.

Kontaktaufnahme über
www.muenchenpolis.de oder Max Zeidler
Tel.: 089-29 25 34
E-Mail: info@muenchenpolis.de

Umweltinstitut München e.V.



Herausgegeben vom Umweltinstitut München e.V.

Anschrift für Verlag, verantwortlichen Redakteur und Anzeigenverantwortlichen:
Umweltinstitut München e.V.
Verein zur Erforschung und Verminderung der Umweltbelastung
Landwehrstr. 64a
80336 München
Tel.: (089) 30 77 49-0
Fax: (089) 30 77 49-20
e-mail: a21@umweltinstitut.org
www.umweltinstitut.org

Redaktion Andrea Reiche, Christina Hacker, Hans Ulrich-Raithel (verantwortlich für Redaktion und Anzeigen)
Druck Ulenspiegel Druck und Verlag GmbH, Besengassl 4 82346 Andechs
Anzeigen Es gilt die Anzeigenliste 2004
Versand Klebeck und Partner, Kolbermoor
Auflage 7.000

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Verfasserin/des Verfassers wieder. Für nicht gekennzeichnete Artikel ist die Redaktion verantwortlich.
Zitieren erwünscht, bitte mit Quellenangabe!
Bildnachweis Titelbild: www.sxc.hu

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 22. Januar 2005.

Unterstützen Sie die Agenda-Zeitung! Schalten Sie eine Anzeige oder spenden Sie an folgendes

Spendenkonto:
Umweltinstitut München e.V.
Bank für Sozialwirtschaft München
BLZ 700 205 00 - Konto 88 311 01
Stichwort AGENDA 21



Die **Münchner Stadtgespräche** entstehen in Zusammenarbeit mit dem Agenda21-Büro. Sie werden aus Mitteln des Referates für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München gefördert.

Referat für Gesundheit und Umwelt
Agenda 21-Büro
Bayerstr. 28a, 80335 München
E-Mail: agenda21.rgu@muenchen.de
www.agenda21.muenchen.de
Tel.: Angelika Lintzmeyer: 233-47 560
Ralf Bumann: T.233-47 558
Fax: 233-47 542 oder -47 557

Agenda 21- Koordination Eine Welt c/o RGU
Heinz Schulze
Bayerstraße 28a, 80335 München
Zimmer 5029
Telefon: 233-47561, Fax: 233-47542
E-Mail: agendaeineWelt.rgu@muenchen.de

Ökologisches Bildungszentrum c/o Münchner Volkshochschule Angelika Bachmann
Postfach 801164
81611 München
Tel.: 089-93 94 89- 61
Fax: 089-93 94 89 81
E-Mail: angelika.bachmann@oebz.de

Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München
Klenzestraße 37/Rgb.,
80469 München
Tel.: 089-202 38-111
Fax: 089-202 38-113
E-Mail: mail@bszm.de
www.bszm.de
www.lifeguide-muenchen.de

Regelmäßige Information über Agenda-Termine im kostenfreien Newsletter:
www.muenchner-stadtgespraeche.de

11. bis 13. Februar 2005, München
Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg!

Die internationale und öffentliche Gegenveranstaltung zur "Sicherheits"konferenz in München wird voraussichtlich im Alten Rathaus eröffnet. Und zwar am Freitag, 11. Februar, mit einem internationalen Forum um 19.30 Uhr, das Grußwort spricht Prof. Hans-Peter Dürr.

Geplante Themen und Beiträge sind: „Feindbild Islamismus“ von Prof. Horst Eberhard Richter (IPPNW), „Perspektive globale Gerechtigkeit (N.N.)“ über Globalisierung, Kriegsursachen und nichtmilitärische Konfliktaustragung und „Europa - eine neue Supermacht“ von Gerald Oberansmayr von der Friedenswerkstatt Linz mit der Betonung positiver Handlungsmöglichkeiten gegen die Militarisierung der EU.

Am Samstag finden u.a. im EineWeltHaus Diskussionsforen und Workshops von 9.30 bis 11.45 Uhr statt. Themen sind: „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ und „Globalisierung und Krieg“ unter der Moderation von Conrad Schuler; „EU-Verfassung, EU-Militär und Referendum“ mit Gerald Oberansmayr u. Andreas Zumach; Moderation Peter Strutynski, „Atomwaffenfrei bis 2020“, Moderation Regina Hagen.

Am Sonntag wird ein interreligiöses Friedensgebet die Veranstaltung beschließen.

Organisation und Koordination: Münchner Organisationen des Trägerkreises in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der DFG-VK Bayern (Thomas Rödl)

Koordinationsbüro des Trägerkreises, c/o DFG-VK Bayern
Kirchenstr. 68, 81675 München
Tel.: 089 - 89 62 34 46

Fax: 089 - 834 15 18
E-Mail: muenchen@dfg-vk.de

Aktuelle Informationen unter:
www.dfg-vk.de/sicherheitskonferenz
Teilnahme und Unterstützung sind herzlich willkommen:

Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk e.V.
Konto-Nr. 33 60 68- 851
Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85
Stichwort „Friedenskonferenz“
(Spenden steuerlich absetzbar).